



www.laender-analysen.de/ukraine

**GESUNDHEITSREFORM
GESCHICHTSPOLITIK
BEZIEHUNGEN MIT DER EU**

■ ANALYSE Entstehungskontext und Inhalte der ukrainischen Gesundheitsreform von 2017 Von Tetiana Stepurko, Kiew	2	Die Meinungen ukrainischer Experten zur aktuellen Geschichtspolitik der Ukraine	17
■ UMFRAGE Meinung der Ukrainer über die Verbreitung von Korruption im Gesundheitswesen	6	■ DOKUMENTATION Gedenkpraktiken im Jahr 2017 laut den Berichten der OSZE-Beobachtermission	19
Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zur Gesundheitsreform	9	■ STATISTIK Güterhandel der Ukraine mit der EU-28	26
■ ANALYSE Eine erinnerungskulturelle Zerreißprobe: Wie das Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung ein neues nationalukrainisches Narrativ konstruiert Von Christian Hörbelt, Frankfurt (Oder)	11	■ DOKUMENTATION EU verschiebt die Auszahlung der dritten Tranche der Makrofinanzhilfe für die Ukraine	27
■ UMFRAGE Geschichtspolitische Themen in Umfragen: Einführung und Abschaffung von Feiertagen, Anerkennung der OUN-UPA und des Holodomor	15	Skandal um Antikorruptionsbehörden: nationale und internationale Reaktionen	29
		Meinung der Venedig-Kommission des Europarates über den umstrittenen Artikel 7 des neuen Bildungsgesetzes der Ukraine	33
		■ CHRONIK 27. November – 10. Dezember 2017	35

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint voraussichtlich nach der Weihnachtspause am 25. Januar 2018. Die Redaktion der Ukraine-Analysen wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2018!

Entstehungskontext und Inhalte der ukrainischen Gesundheitsreform von 2017

Von Tetiana Stepurko, Kiew

Zusammenfassung:

Die Nach-Maidan-Ukraine erlebt die Reform verschiedener gesellschaftlicher Bereiche, darunter auch die des Gesundheitswesens, die auf den Druck der Zivilgesellschaft und internationaler Organisationen auf die Regierung zurückzugehen scheint. Dieser Artikel schildert ihren Entstehungskontext und analysiert ihre Inhalte. Der Schwerpunkt der Gesundheitsreform bezieht sich auf Veränderungen der Finanzierung zum Schutz vor finanziellen Risiken in Form von Mehrausgaben. Dazu werden Dienstleistungen im Gesundheitsbereich nicht mehr direkt aus dem Staatshaushalt finanziert, sondern zu pauschalen Preisen an konkrete Dienstleister vergeben. Die Vergabe wird durch die Nationale Gesundheitsagentur erfolgen, die 2018 geschaffen werden soll. Für eine effizientere Nutzung der begrenzten vorhandenen Ressourcen sind außerdem die Einführung elektronischer Gesundheitsvorsorge und eine Verbesserung der medizinischen Grundversorgung nötig. Die Haupterrungenschaften des Jahres 2017 sind zwei verabschiedete Gesetzentwürfe – einer zur Reform der Finanzierung des Gesundheitswesens und das im Frühjahr 2017 eingeführte Vergütungsprogramm »Bezahlbare Arzneimittel«.

Einleitung

Obwohl die Regierung in der Nach-Maidan-Situation unter dem Druck der Öffentlichkeit und internationaler Organisationen steht, die substantielle Reformen verlangen, wurde nicht viel getan. Vor allem einige Sektoren haben Veränderungen erlebt, darunter die Polizei, der öffentliche Dienst und die Rente, wobei die Auswirkungen dieser Reformen noch nicht deutlich sind. Die Gesundheitsreform gehört zu den vom ukrainischen Volk am stärksten herbeigewünschten Reformen und nach dem letzten Regierungswechsel im April 2016 bekam sie hohe Priorität. Angesichts der Kurzlebigkeit ukrainischer Regierungen und der starken Notwendigkeit von positiven Veränderungen sowie von an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichteten Reformen gibt es langfristige Ziele, wie den Schutz vor finanziellen Risiken – dazu gehört die Entwicklung eines Grundpakets, der Übergang von einer einnahmebasierten Finanzierung zu einem leistungsbezogenen Modell und anderes. Zudem hat die Regierung schon 2017 neue Programme für die Nutzer des Gesundheitswesens zur Verfügung gestellt, zum Beispiel das Vergütungsprogramm »Bezahlbare Arzneimittel«.

Der Status quo des Gesundheitswesens und Reformversuche vor dem Euromaidan

Grundsätzlich soll die Gesundheitsvorsorge auf einer in Artikel 49 der ukrainischen Verfassung festgeschriebenen Norm beruhen, die sich auf »die Bereitstellung einer kostenfreien Versorgung« bezieht. Das entspricht der Praxis aber nicht – die Hälfte der Gesundheitsausgaben kommen aus privaten Quellen, hauptsächlich in Form inoffizieller »out of pocket«-Zahlungen (s. Gra-

fik 5 auf S. 7). Die finanzielle Belastung des Haushalts im Krankheitsfall ist hoch und die Familien begegnen dieser Belastung aufgrund eines niedrigen Informationsgrades und aufgrund von wenig Vertrauen in die staatlichen Gesundheitsdienstleistungen mit verschiedenen Strategien. Diese individuellen Bewältigungsstrategien entsprechen der weit verbreiteten Korruption im Land – das Gesundheitswesen ist dabei von vielfältigen Formen von Korruption, Bestechung und informellen Zahlungen betroffen (s. [Ukraine-Analysen 170](#)).

Die größte Herausforderung für das ukrainische Gesundheitssystem ist das hybride epidemiologische Profil des Landes: Die meisten Menschen sterben an nicht-übertragbaren Krankheiten; die Infektionskrankheiten werden jedoch immer noch nicht gut behandelt. Das Impfniveau bei Kindern geht für Krankheiten, denen durch Impfung vorgebeugt werden kann, seit 2000 zurück: So ist etwa das Immunisierungsniveau gegen Masern laut Weltbank zwischen 2000 und 2014 von 99 auf 56 Prozent gefallen. Mit dem Ausbruch von Polio ist eine Bedrohung des gesamten nationalen Sicherheitssystems eingetreten. Experten nennen die mangelhafte Versorgung mit Impfstoffen, das Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber der Immunisierung und das hohe Maß an Korruption als Gründe für die niedrige Immunisierungsrate in der Ukraine. Die wichtigsten Gründe für Todesfälle und Erkrankungen sind nichtübertragbare Krankheiten, darunter Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs, die Menschen in einem relativ jungen Alter treffen – mit beträchtlichen Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsproduktivität des Landes.

Allgemein lässt sich sagen, dass eine nachhaltige Entwicklung im politischen Feld der Ukraine und

besonders im Gesundheitssystem fehlt. Die Gesundheitsminister haben recht häufig gewechselt, beispielsweise nach dem Euromaidan. Seit dem Frühjahr 2014 hatte die Ukraine zwei Gesundheitsminister und zwei Übergangs»teams«, seit einem Jahr ist nun Ulana Suprun amtierende Gesundheitsministerin. Die meisten Minister (vor allem in der Vor-Maidan-Zeit) haben der Regierung zwar Reformideen unterbreitet, hatten dann jedoch weder genügend Bereitschaft noch ausreichend Zeit und Kapazitäten, um eine Reform gründlich auszuarbeiten und umzusetzen.

Seit dem Jahr 2000 wird die Gesundheitsreform häufig als Abschaffung des steuerbasierten Systems der sozialen Gesundheitsfürsorge betrachtet. Das kam vielleicht durch die Vorbilder relativ erfolgreicher Wechsel in anderen postkommunistischen und postsowjetischen Staaten zustande, zum Beispiel in Polen, Bulgarien, Litauen und anderen baltischen Ländern. Gleichzeitig betonten aber auch internationale Organisationen die Bedeutung eines solchen Wechsels. Aufgrund der Abwesenheit sowohl von politischer Unterstützung als auch einer starken technischen Entwicklung der Reform hat eine soziale Gesundheitsfürsorge in der Ukraine nie die Chance auf Einführung gehabt.

Gleichzeitig fand der letzte und sehr gut angesehene Umbau des Gesundheitssystems – in der Ukraine unter dem Namen »Reform von 2011« bekannt – unter der Administration von Janukowitsch statt. Dabei wurden drei Regionen ausgewählt, Wynnyzja, Dnjepr, die Donezk-Oblast und die Stadt Kiew, in denen der Zugang zur medizinischen Grundversorgung, zur Notfallversorgung und zu anderen medizinischen Bereichen sowie deren Qualität verbessert werden sollten. Es gab kein adäquates Monitoring des Prozesses und keine angemessene Auswertung der Reform. Anekdotenhafte Anhaltspunkte weisen jedoch darauf hin, dass die Reform zu keinem positiven Ergebnis für die Gesundheit und auch nicht zu einem gewandelten Verhalten in den Regionen geführt hat. Wir gehen davon aus, dass mangelhafte Durchführungskapazitäten dazu beigetragen haben, dass es nicht zu einer Transformation des Sektors gekommen ist.

Der Beginn einer ukrainischen Gesundheitsreform: ihr Entstehungszusammenhang

Nach dem Euromaidan, also seit Anfang 2014, wurden Verbesserungen im Gesundheitsbereich, wie eine Gesundheitsreform, die Bekämpfung der Korruption in diesem Sektor und ein effizienteres Gesundheitsversorgungssystem, von Aktivisten wie auch von der Öffentlichkeit besonders stark gefordert. Ein Grund dieser Priorisierung der Gesundheitsreform innerhalb

der allgemeinen Reformagenda ist möglicherweise, dass öffentliche Krankenhäuser und Ambulanzen nicht in der Lage waren, die Verwundeten des Maidan schnell und sicher zu versorgen. Daher entstanden eine Menge Graswurzelinitiativen: Die Aktivisten realisierten, dass sie in der Lage waren, selbst eine medizinische Versorgung auf dem Maidan zu organisieren, und sie waren bereit, diese Organisation in einem breiteren Umfeld fortzuführen.

Die ersten Schritte in Richtung Gesundheitsreform fanden vielleicht im Frühjahr/Sommer 2017 statt, als Reaktion auf die nicht vorhandene Kontinuität und Kohärenz der nationalen Gesundheitspolitik. Damals wurde die Strategic Advisory Group (SAG) zur Gesundheitsreform in der Ukraine gegründet, die eine Strategie für eine Nationale Gesundheitsreform für die Ukraine entwickeln sollte. Unter ihren Mitgliedern waren führende nationale und internationale Experten, etwa Robert Yates, Antonio Duran und Alexander Kwitashwili, der damalige georgische Gesundheitsminister, der im Dezember 2014 der zweite Nach-Maidan-Gesundheitsminister wurde. Dies fiel zufällig mit der Präsentation der Strategie für eine nachhaltige Entwicklung von 2015 bis 2020 zusammen, die auch die Grundzüge der geplanten Gesundheitsreform umriss: Veränderungen in der Finanzierungsstruktur, der Schutz der Menschen vor finanziellen Risiken bei einer Inanspruchnahme der Gesundheitsvorsorge, die Verbesserung der medizinischen Grundversorgung, einen Fahrplan für die öffentliche Gesundheit etc. Last but not least war die Vorstellung der SAG der Unterstützung durch die internationalen Organisationen zu verdanken, die ziemlich einflussreiche Akteure im ukrainischen Gesundheitssystem sind.

Die Rolle der internationalen Organisationen ist in der Ukraine für den Wechsel vom alten sowjetisch geprägten Gesundheitssystem hin zu einem auf modernen Prinzipien beruhenden, das seine Ziele erreicht – eine bessere Gesundheit der Menschen und die Vermeidung finanzieller Risiken im Krankheitsfall –, in der Tat sehr wichtig. USAID, die Weltbank, Unicef, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die WHO, die Regierung der Schweiz und Deutschlands und viele weitere Parteien sind in das ukrainische Gesundheitssystem und in die Verbesserung von einzelnen seiner Bereiche involviert.

Die zweite wichtige Veränderung – die in der SAG-Strategie festgelegt ist und die Bedeutung der internationalen Beteiligung zeigt – fand 2015 statt und hatte eine transparentere und zuverlässigere Beschaffung von pharmazeutischen Produkten zum Ziel. Diese Initiative läuft in der Ukraine noch immer – noch im Jahr 2017 hat das Gesundheitsministerium Verträge mit dem

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und der britischen Beschaffungsagentur Crown Agents zur Beschaffung von Medikamenten im Rahmen des Haushalts von 2017 geschlossen. Ulana Suprun, seit Sommer 2016 amtierende Gesundheitsministerin, betonte: »In einigen Programmen des Haushalts von 2016 ist es uns gelungen, Einsparungen von fast 60 Prozent zu erreichen. Dadurch können mehr Patienten die nötige Behandlung erfahren und Leben gerettet werden.« Bemühungen, ein Zentrales Beschaffungsbüro ins Leben zu rufen, wurden jedoch eingestellt. Trotz der mächtigen Pharmalobby in der Ukraine und den vielfältigen Schwierigkeiten bei der Einführung neuer Verfahren und trotz Verzögerungen bei der Versorgung der Krankenhäuser mit Medikamenten hat die Ukraine mit starker Unterstützung der internationalen Organisationen die Hauptquelle der Korruption auf der Ebene des Gesundheitsministeriums stillgelegt. Das ist ein Beispiel für den Erfolg der neu etablierten erfolgreichen Zusammenarbeit der ukrainischen Regierung mit ukrainischen Nichtregierungs- und internationalen Organisationen.

Der Motor der jüngsten systemischen Veränderungen liegt im Gesundheitsministerium – auch wenn die Unterstützung von Ministerpräsident, Parlament und internationalen Organisationen ebenfalls wichtig ist. Bei der Umsetzung der Reform sind nicht nur Institutionen, sondern auch Persönlichkeiten von Bedeutung und momentan scheint eine gute Kombination aus persönlichem Wissen und persönlichen Fähigkeiten und Werten sowie institutionellen Notwendigkeiten vorhanden zu sein. In diesem Zusammenhang ist die Rolle von Ulana Suprun zu unterstreichen. Das ukrainische Gesundheitssystem und seine Kultur sind ihr neu (Dr. Suprun wurde in den USA geboren, wo sie bis 2013 lebte und arbeitete und sich aktiv an der ukrainischen Diasporagemeinde beteiligte) – dennoch hat sie die führende Rolle beim Umbau des ukrainischen Gesundheitssystems inne, dessen sowjetische Prägung einem moderneren und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten System weichen soll.

Die Reform von 2017: Inhalte

Die Reform von 2017 kann hinsichtlich ihrer kurzfristigen Erfolge oder hinsichtlich ihrer langfristigen Ziele betrachtet werden. Ein kurzfristiger Erfolg von Dr. Supruns Team ist das Anlaufen des Medikamentenbeschaffungsprogramms »Bezahlbare Arzneimittel« im April 2017. Im ersten Jahr wurde es für drei Krankheitsgruppen eingeführt (Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes Typ II und Asthma), eine Erweiterung der Liste der Bedingungen wie der erstattungsfähigen Medikamente ist geplant (zum Beispiel um Antidepressiva,

Erkrankungen des Verdauungstrakts und eine Mutter-Kind-Versorgung). Die Nutzer des Gesundheitssystems erhalten die Arzneimittel nun umsonst oder bekommen einen Teil der Kosten in der Apotheke erstattet – wenn sie ein ärztliches Rezept haben. Im »Health index. Ukraine – 2017« bewertet die Mehrheit seiner Nutzer das Programm positiv (74 Prozent).

In Bezug auf die langfristige Perspektive und die Umsetzung der Gesundheitsreform scheint ein Finanzkonzept im Moment am dringlichsten zu sein. Ein Fundament für die Finanzierung der Reform existiert bereits in Form eines Gesetzes, dem das Parlament am 19. Oktober 2017 zugestimmt hat (Gesetzentwurf 6327 »Staatliche Garantien für die Bereitstellung von Medizinischen Diensten und Medikamenten«). Noch eingeführt werden müssen neue Richtlinien zur Funktionsweise von Gesundheitseinrichtungen: zu deren Autonomie, zu ihrer Umwandlung von staatlichen in Nonprofitorganisationen (die das Gesetz 2002-VIII vorschreibt) sowie zur Beteiligung der Kommunen an Entscheidungsprozessen. Weitere Unterkategorien der Gesundheitsreform sind (a) die Schaffung einer Nationalen Gesundheitsagentur; (b) die Entwicklung eines Grundpakets von Leistungen; und (c) die Einführung von Tarifen für Gesundheitsleistungen und von Gebühren zur Finanzierung der Krankenhäuser und die Abschaffung von Einzelposten für konkrete Organisationseinheiten im Staatshaushalt und (d) die Garantie, dass ein Vertrag mit jedem beliebigen Hausarzt geschlossen werden kann, unabhängig vom Ort, an dem dieser offiziell registriert ist. Elektronische Gesundheitsvorsorge und die Verbesserung der medizinischen Grundversorgung sind weitere wichtige Bestandteile der komplexen Reform und gleichzeitig entscheidende Voraussetzungen für die Umsetzung des Umbaus der Finanzierungsstruktur für Dienstleistungen. Die meisten dieser Veränderungen reichen in die Zeit vor der aktuellen Regierung zurück.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass das Einnahmemodell das gleiche bleibt (über allgemeine Steuern) und dass die Einführung einer sozialen Krankenversicherung aufgrund des großen informellen Sektors und der hohen steuerlichen Belastung, die sie für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bedeuten würde, als nicht mehr relevant für das Land erachtet wird. Aus verschiedenen Gründen stellt die Regierung die Reform dennoch als Wechsel hin zu einer Versicherung vor: die Öffentlichkeit und Fachleute für die öffentliche Gesundheit erwarten ein Versicherungssystem, vielleicht weil sie dessen positive Effekte in den Nachbarländern sehen, wo vor zwei Jahrzehnten eine soziale Krankenversicherung errichtet wurde. Der Mehrheit der Bevölkerung sind die Unterschiede zwischen steuer- und beitragsbasierten Systemen jedoch nicht bewusst – der Hauptunterschied

liegt in der Einnahmestruktur: Im steuerbasierten Fall werden die Einnahmen durch allgemeine Steuern (die alle Verbraucher zahlen) generiert. Die Leistungen stehen dann der gesamten Bevölkerung als öffentliches Gut »umsonst« zur Verfügung. Im Versicherungsmodell werden Leistungen als Gegenleistung zu Sozialbeiträgen oder Prämienzahlungen gewährt, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen. Gleichzeitig plant der Staat die Menschen nach der Gesundheitsreform genauso gegen finanzielle Risiken abzusichern, wie dies durch einige der finanziellen Prinzipien der Versicherungssysteme gewährleistet ist (zum Beispiel Gebühren für Leistungen). »Krankenversicherung« ist daher ein Begriff, der im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform vielfach verwendet wird.

Neben Gesetzentwurf 6327 gibt es noch andere für den Umbau des Finanzierungssystems im Gesundheitsbereich entscheidende Gesetzentwürfe. Die größte Herausforderung ist jedoch die instabile politische Situation und die 2019 stattfindenden Wahlen (aufgrund derer die Politiker unpopuläre Entscheidungen im Jahr 2018 wohl vermeiden werden). Und es gibt tatsächlich eine Reihe von Gegnern des Umbaus des Systems, darunter Pharmaunternehmen und private (medizinische) Unternehmensgruppen genauso wie die derzeitige medizinische Elite und die Fachleute im Gesundheitssystem. Letztere sind die für die Umsetzung der Reform entscheidende Gruppe und beeinflussen darüber hinaus die Meinungen anderer Gruppen, etwa der Patienten. Die Angestellten im Gesundheitssystem haben diverse Schwierigkeiten erlebt, etwa niedrige Löhne, informelle Überlebenspraktiken, fehlende Karrieremöglichkeiten und mangelnde Transparenz – sie lehnen einen Wan-

del jedoch per se ab und befürchten außerdem, sich in einer noch schlechteren Situation wiederzufinden. Laut dem »Health index. Ukraine – 2017« hält jedoch die Mehrheit der Ukrainer eine Reform für notwendig (93 Prozent 2016 und 84 Prozent 2017), wobei ein deutlich kleinerer Teil der Meinung ist, dass eine Reform stattfindet (etwa 20 Prozent).

Abschließende Bemerkungen

Die bislang passive Position des ukrainischen Gesundheitssektors, die sich als »Keine Aktion, keine Veränderungen, keine Fehler« zusammenfassen lässt, scheint sich zu ändern und eine Phase des Wandels scheint zu beginnen. Niemand weiß, wieviel Zeit die Ukraine brauchen wird, bis diese Reform des Systems positive Ergebnisse zeitigen wird, denn das Gesundheitswesen ist komplex und das Land hat keine Erfahrung mit der Umsetzung einer Gesundheitsreform.

Die meisten Regionen haben, anders als Polen oder Ungarn, keine Erinnerung mehr an ein Vor-Semaschko-System. Dadurch entstehen weitere Herausforderungen im Bereich der technischen Kapazitäten und einer positiv eingestellten Umgebung für den Wandel. Dem Gesundheitssystem fehlten über mehrere Jahrzehnte eine angemessene ethische Einstellung und Integrität; der Wechsel von den alten Werten hin zu Werten wie Effizienz und Transparenz ist womöglich die »Reform«, die schwieriger zu schaffen ist. In der Post-Maidan-Gesellschaft – in der eine reifere Zivilgesellschaft begonnen hat, ihre Wächterrolle zu übernehmen – scheint ein solcher Wandel jedoch machbarer als noch vor einigen Jahren.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autorin:

Dr. Tetiana Stepurko ist Hochschuldozentin an der Schule für öffentliche Gesundheit an der Nationalen Universität von Kiew – Mohyla Akademie (Ukraine) und Koordinatorin des ukrainischen Gesundheitsindex.

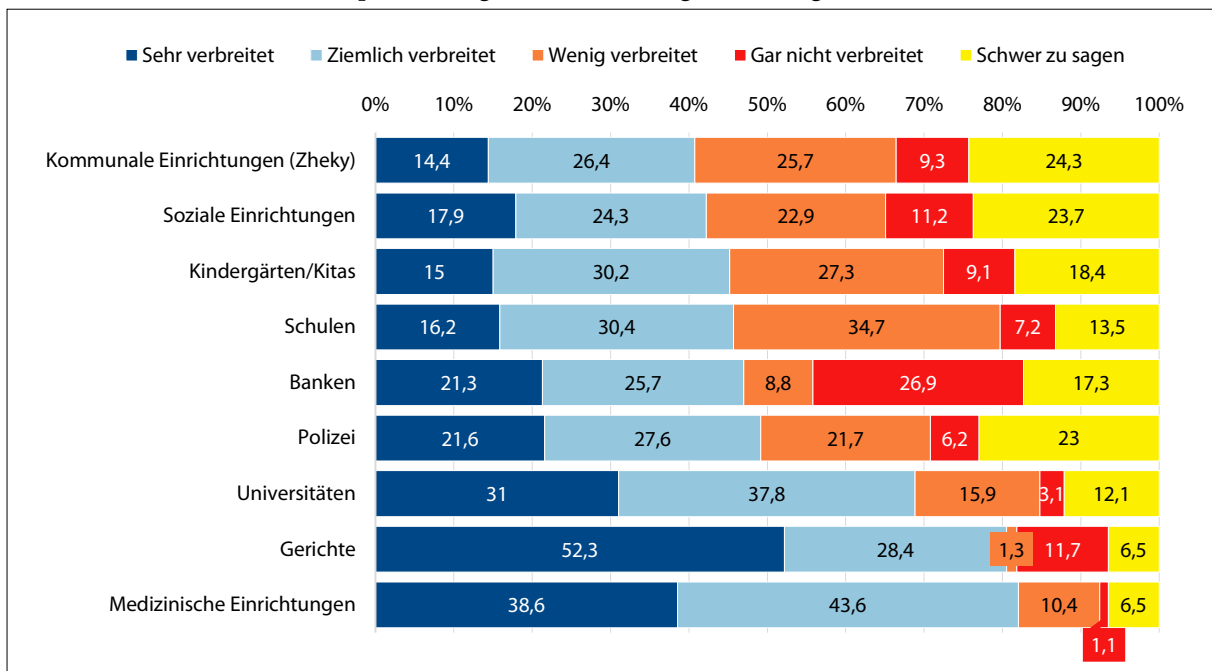
Lesetipps:

Polese, Abel; Stepurko, Tetiana: »Informelle Zahlungen im ukrainischen Gesundheitswesen: Ursache oder Konsequenz?«, in Ukraine-Analysen 170, 15.06.2016, S. 16–19 <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen170.pdf>>

UMFRAGE

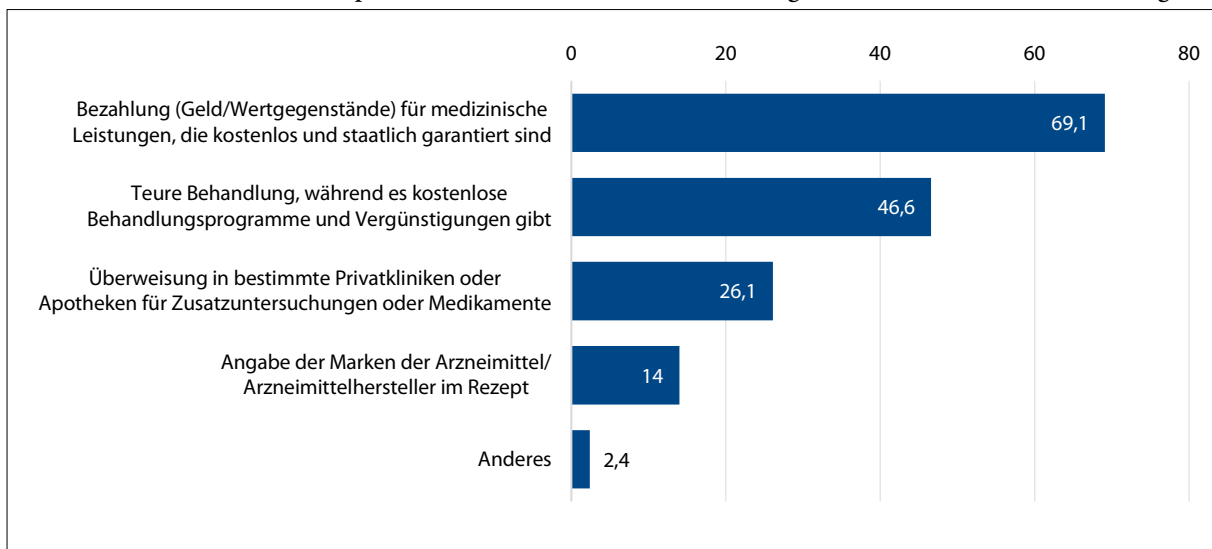
Meinung der Ukrainer über die Verbreitung von Korruption im Gesundheitswesen

Grafik 1: Inwieweit ist Korruption in folgenden Einrichtungen bzw. Organisationen verbreitet? (%)



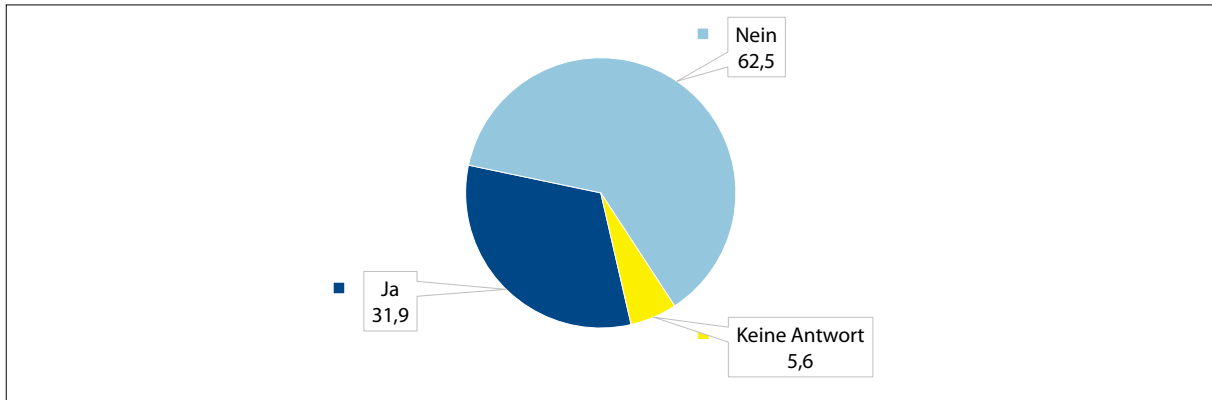
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Ukrainian Sociology Service vom 18. September bis zum 3. Oktober 2017 (N=2000), <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/124566465159f84c994fa234.51406885.pdf>>

Grafik 2: Was bedeutet Korruption im Gesundheitswesen Ihrer Meinung nach? (%), Mehrfachantworten möglich



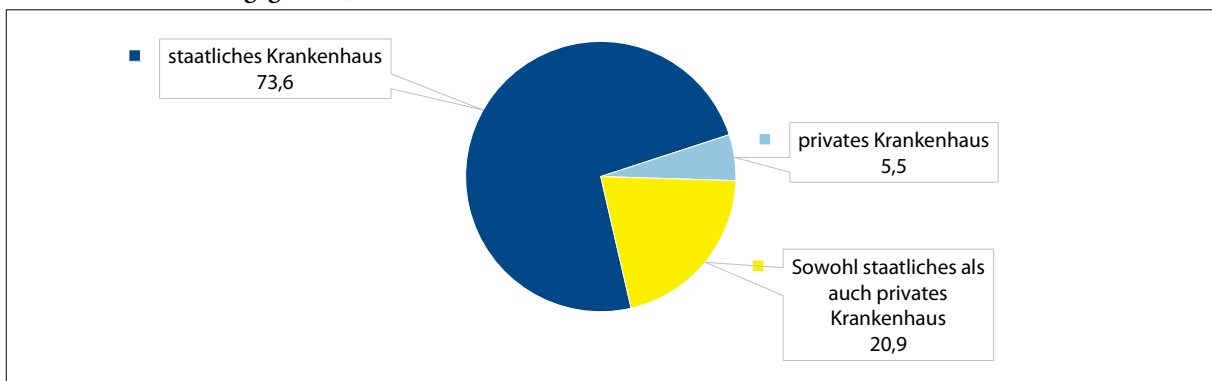
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Ukrainian Sociology Service vom 18. September bis zum 3. Oktober 2017 (N=2000), <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/124566465159f84c994fa234.51406885.pdf>>

Grafik 3: Haben Sie in den letzten drei Jahren Mitarbeitern des Gesundheitswesens Geld oder andere Wertgegenstände gegeben? (%)



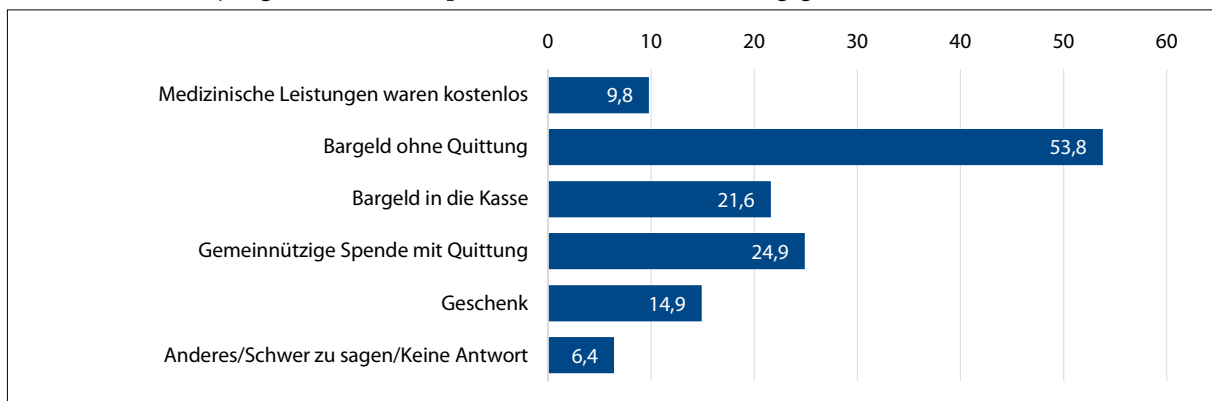
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Ukrainian Sociology Service vom 18. September bis zum 3. Oktober 2017 (N=2000), <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/124566465159f84c994fa234.51406885.pdf>>

Grafik 4: Wo haben Sie medizinische Leistungen erhalten? (% derjenigen, denen Korruption im Gesundheitswesen begegnet ist)



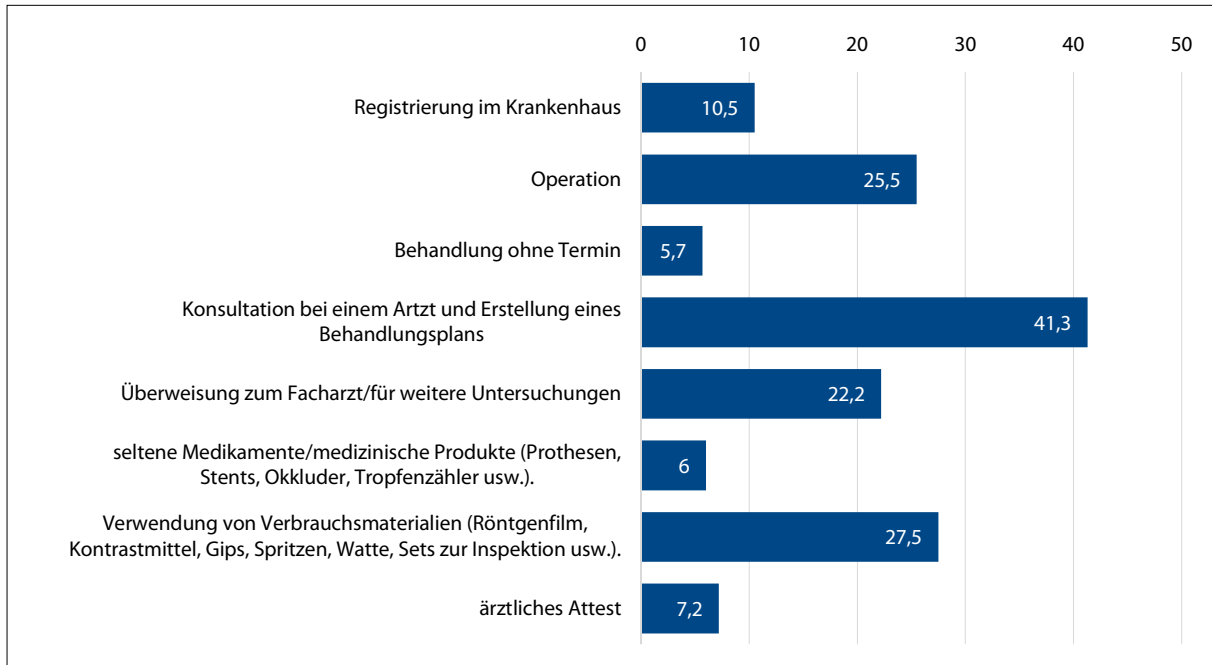
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Ukrainian Sociology Service vom 18. September bis zum 3. Oktober 2017 (N=2000), <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/124566465159f84c994fa234.51406885.pdf>>

Grafik 5: Auf welche Weise haben Sie oder Ihre Familienmitglieder für die medizinischen Leistungen bezahlt? (% derjenigen, denen Korruption im Gesundheitswesen begegnet ist)



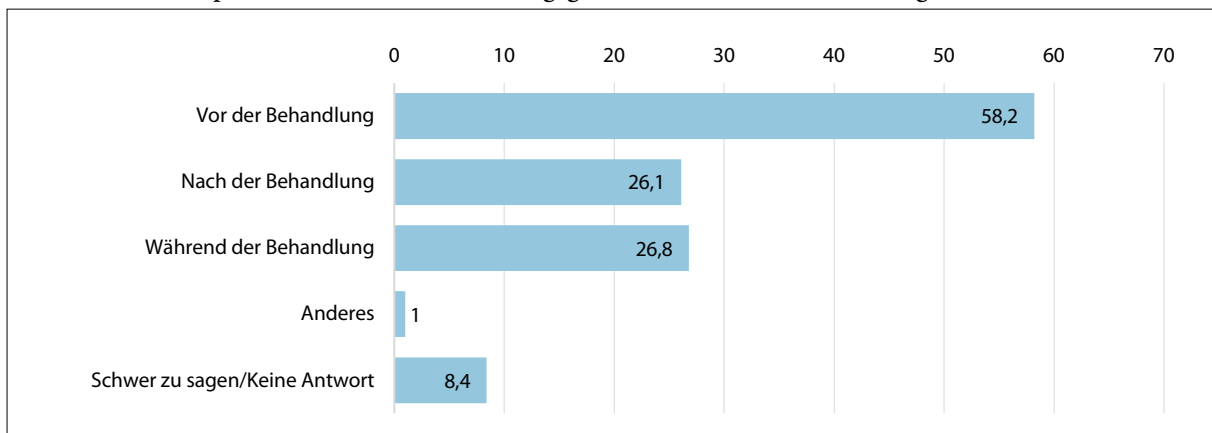
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Ukrainian Sociology Service vom 18. September bis zum 3. Oktober 2017 (N=2000), <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/124566465159f84c994fa234.51406885.pdf>>

Grafik 6: Für welche medizinische Leistung haben Sie mit Geld oder anderen Wertgegenständen bezahlt? (% derjenigen, denen Korruption im Gesundheitswesen begegnet ist; Mehrfachantworten möglich)



Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Ukrainian Sociology Service vom 18. September bis zum 3. Oktober 2017 (N=2000), <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/124566465159f84c994fa234.51406885.pdf>>

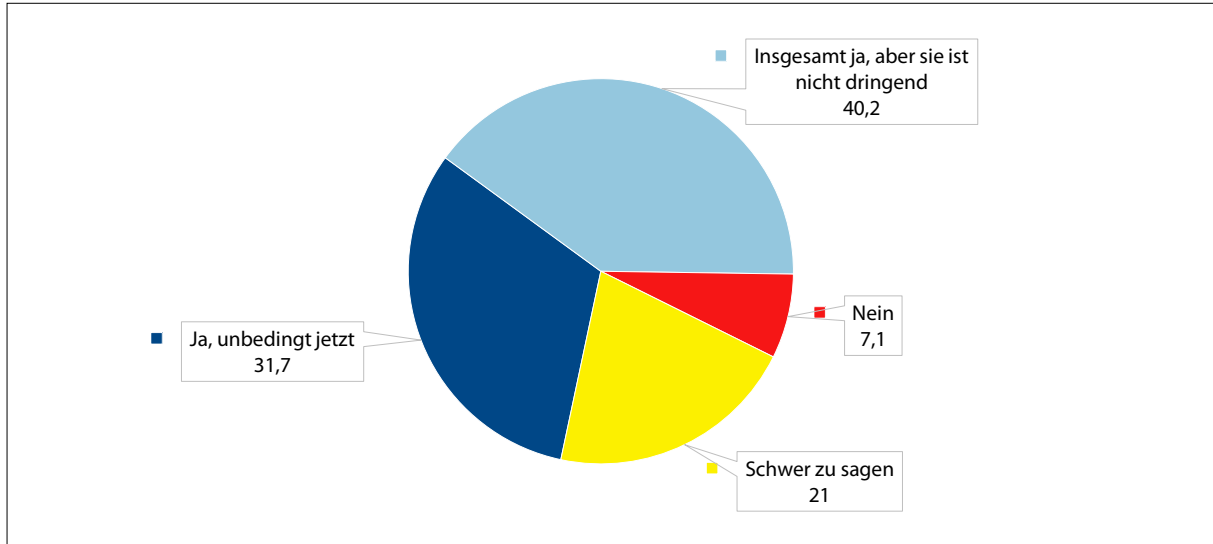
Grafik 7: Wann genau haben Sie Geld/Geschenke für medizinische Leistung gegeben? (% derjenigen, denen Korruption im Gesundheitswesen begegnet ist; Mehrfachantworten möglich)



Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Ukrainian Sociology Service vom 18. September bis zum 3. Oktober 2017 (N=2000), <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/124566465159f84c994fa234.51406885.pdf>>

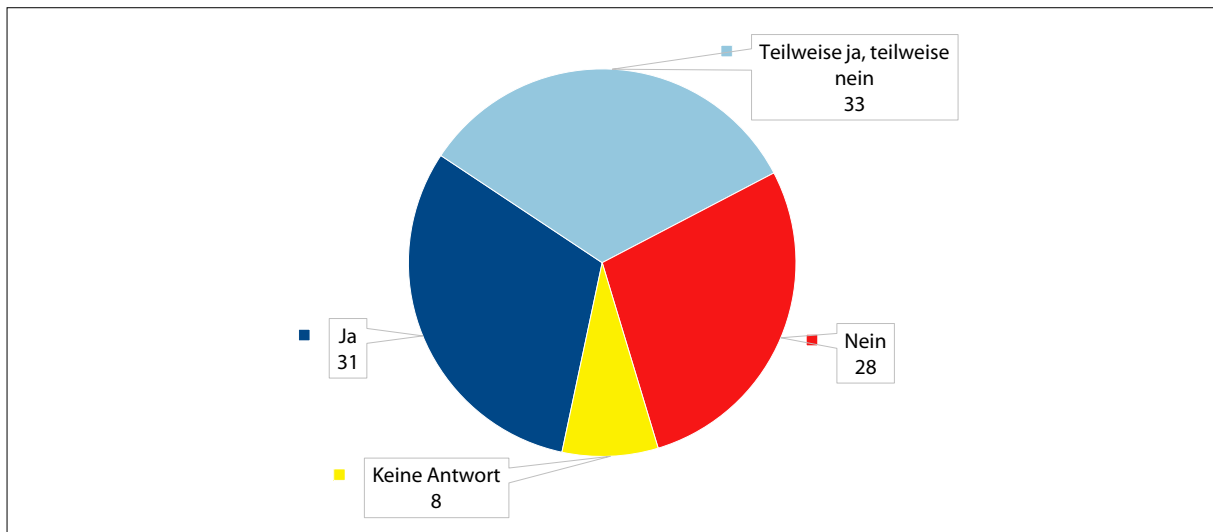
Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zur Gesundheitsreform

Grafik 1: Was denken Sie, braucht die Ukraine die Gesundheitsreform? (%)

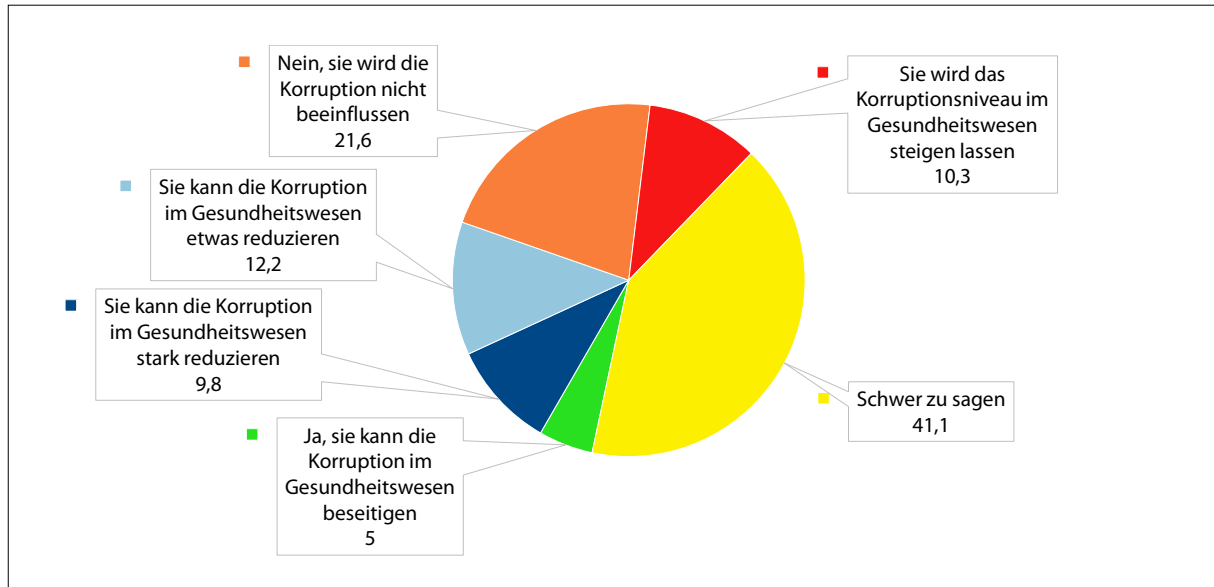


Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Ukrainian Sociology Service vom 18. September bis zum 3. Oktober 2017 (N=2000), <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/124566465159f84c994fa234.51406885.pdf>>

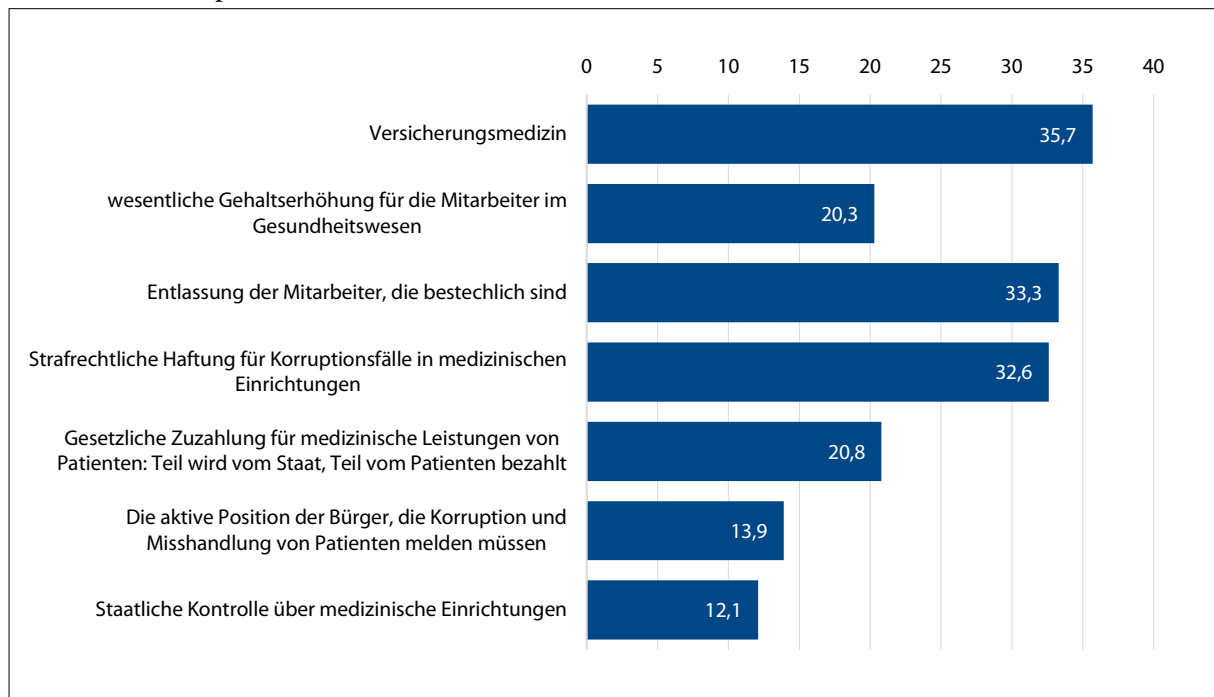
Grafik 2: Unterstützen Sie die bevorstehende Gesundheitsreform? (%)



Quelle: repräsentative Umfrage der Gruppe Socis vom 5. bis zum 11. Oktober 2017 (N=2000), <<http://socis.kiev.ua/ua/2017-10-1/>>

Grafik 3: Wird die Gesundheitsreform der Regierung die Korruption im Gesundheitswesen beseitigen? (%)

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Ukrainian Sociology Service vom 18. September bis zum 3. Oktober 2017 (N=2000), <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/124566465159f84c994fa234.51406885.pdf>>

Grafik 4: Wählen Sie drei Faktoren aus, die Ihrer Meinung nach am effektivsten für die Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen sind. (%)

Anmerkung: Hier sind nicht alle Antwortvarianten angegeben. Für die Originaldaten siehe die Quelle.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit Ukrainian Sociology Service vom 18. September bis zum 3. Oktober 2017 (N=2000), <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/124566465159f84c994fa234.51406885.pdf>>

Eine erinnerungskulturelle Zerreißprobe: Wie das Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung ein neues nationalukrainisches Narrativ konstruiert

Von Christian Hörbelt, Frankfurt (Oder)

Zusammenfassung

Die Ukraine möchte sich in Zeiten des ukrainisch-russischen Konflikts nicht nur hinsichtlich der Zukunft von der vermeintlichen russischen Dominanz loslösen, sondern auch aus der gemeinsamen russisch-sowjetischen Geschichtsdimension aussteigen. Das Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung (UINE) unter dem umstrittenen Direktor Wladimir Wjatrowitsch bestimmt maßgeblich die Richtung der nationalstaatlichen Geschichts- und Erinnerungspolitik. Es konstruiert ein anti-sowjetisches und nationalukrainisches Narrativ, mit dem sich nicht alle ukrainischen Staatsbürger gleichermaßen identifizieren. Dies provoziert eine Vertiefung des bereits bestehenden erinnerungskulturellen Konflikts in der Ukraine. Im folgenden Beitrag werden die Rolle des UINE und das nationalhistorische Narrativ analysiert.

Einleitung

»Das ist der endgültige Abschied vom russischen Imperium und die Worte ›back in the USSR‹ kann man nur noch von den Beatles hören«, so der ukrainische Präsident Petro Poroschenko im Rahmen seiner Ansprache zur EU-Visaliberalisierung am 10. Juni 2017. Und weiter: »Wir werden niemals wieder zur Sowjetunion zurückkehren, weil wir – eine stolze und freie demokratische Nation – zur Familie der europäischen Nationen zurückkehren.«

Nach dem Euromajdan und den darauffolgenden Ereignissen wie der Krim-Annexion und dem anhaltenden ukrainisch-russischen Konflikt versucht Präsident Poroschenko, die Ukraine aus der engen Bindung zu Russland und dem von Russland dominierten post-sowjetischen Raum zu lösen. Neben der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Loslösung aus der russischen Dominanz ist der ukrainische Staat bestrebt, die ukrainische Geschichts- und Erinnerungspolitik umzugestalten. Die aktuelle Regierung formuliert eine westliche Zukunft, die aber auch die Frage hervorruft, welche europäische Vergangenheit die Ukraine besitzt und wie man sich daran erinnert. Hieran knüpft das einführende Zitat an, in dem Poroschenko die Rückkehr der Ukraine nach Europa und vor allem ihre Abkehr von der sowjetischen Vergangenheit betont. Die Frage nach dem europäischen erinnerungskulturellen Kanon ist für die Ukraine somit entscheidend.

Die regierende Elite möchte diese Frage mit einer anti-sowjetischen Geschichtspolitik beantworten. Dies strebt sie mit einer kompromisslosen Dekommunisierung an. Entsprechende Gesetze verabschiedete das ukrainische Parlament (Werchowna Rada) bereits 2015 (s. Ukraine-Analysen 149), zum Großteil wurden sie mittlerweile umgesetzt. Nahezu alle ehemaligen sowjetischen Straßen- oder Ortsnamen erhielten neue neutrale oder ukrainischen Namen, neue nationale Feier- oder

Gedenktage wurden eingeführt, sowjetische Statuen oder Denkmäler wurden demontiert und die Nutzung von sowjetischen Symbolen wurde verboten.

Die visuellen Veränderungen im öffentlichen Raum und die neue Gesetzesordnung legen somit den Grundstein für weitere tiefere Veränderungen im nationalukrainischen Geschichtsverständnis. Denn der Staat ist in der Ausformulierung von nationalen Selbstverständnissen der zentrale und maßgebende Akteur. Ein probates Instrument zur Stärkung von Identitäten und zur Vermittlung von Geschichtsbildern bilden nationalhistorische Narrative. Hierbei greift der Nationalstaat auf vorhandene Erinnerungen der Bevölkerung zurück, die in der Gesellschaft kollektiv und aktiv erinnert werden. Jedes vom Staat konstruierte Narrativ muss daher auf eine gesellschaftlich konsolidierte Grundlage aufbauen, die die Bürger – bewusst oder unbewusst – konsumieren. Narrative sind also Meistererzählungen, mit denen sich vor allem Nationalstaaten Legitimität erhoffen und die von den Bürgern oftmals als Identitätsressource aufgegriffen werden.

Das Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung unter Wladimir Wjatrowitsch

Die Orangene Revolution 2003/2004 veränderte die ukrainische Geschichtspolitik grundlegend in dem Sinne, dass zum ersten Mal der erinnerungskulturelle Konflikt politisch relevant wurde. Denn im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern entschied sich Präsident Wiktor Juschtschenko zu einer klaren nationalukrainischen Geschichtspolitik mit dem Ziel, den Holodomor, eine durch Stalins Planwirtschaft hervorgerufene sowjetweite Hungersnot in den 1930er Jahren mit Millionen Toten, aufzuarbeiten. Um seine nationalukrainische Geschichtspolitik umzusetzen, gründete er im Dezember 2007 das Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung (UINE).

Der 2010 gewählte Präsident Wiktor Janukowitsch vollzog eine radikale Kehrtwende innerhalb der ukrainischen Geschichtspolitik. Statt die ukrainisch-nationale Geschichtspolitik von Juschtschenko fortzuführen, strebte er einen pro-sowjetischen Kurs an. In der Folge forschte das UINE nicht weiter nach sowjetischen Verbrechen, sondern verstummte öffentlich nahezu völlig. Erst nach der Präsidentschaftswahl im Jahr 2014 nahm das UINE seine eigentliche Arbeit wieder auf, wurde personell erweitert und zum Großteil neu besetzt.

Seit dem 25. März 2014 leitet das UINE der promovierte Historiker Wladimir Wjatrowitsch, der die bisherige Geschichtsschreibung durch eine anti-sowjetische Geschichtspolitik beseitigen möchte. Wjatrowitsch steht mit seiner Geschichtspolitik nicht erstmalig unter starker Kritik und bringt sich seit mehreren Jahren in diesem Kontext in die Diskussion ein. Schon während seines Studiums und seiner Promotion an der Universität Lwiw befasste sich der gebürtige Galizier mit der ukrainischen nationalen Bewegung und veröffentlichte zahlreiche Schriften zu diesem Thema. Als Direktor der Archive des ukrainischen Sicherheitsdienstes von 2008 bis 2010, in der Regierungszeit von Juschtschenko, öffnete er die bis dahin verschlossenen Archive – zum einen um erstrangig den Holodomor aufzuarbeiten, zum anderen um Kontrolle über diesen betreffende Dokumente zu den beiden als nationalistisch bis faschistisch geltenden Gruppierungen Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und Ukrainische Aufständische Armee (UPA) zu bewahren. Zahlreiche Ukraine-Experten kritisieren Wjatrowitsch dafür, dass er die Verbrechen von UPA und OUN durch unwissenschaftliche Darstellungen relativiere und eine Art Whitewashing der ukrainischen Geschichte betreibt, oder bezeichnen ihn abwertend als geschichtsverfälschenden Erinnerungskommissar. Wjatrowitsch hingegen verteidigt seine umstrittene Geschichtspolitik mit den Worten, die ukrainische Geschichte sei bei ihm in guten Händen. Trotz aller Kritik ernannte Ministerpräsident Arsenij Jazeniuk Wjatrowitsch 2015 zum neuen UINE-Direktor.

Die Rolle des UINE in der Geschichtspolitik

Der wichtigste Arbeitsauftrag des UINE ist neben der Dekommunisierung die Wiederherstellung der nationalen Erinnerung und der Identität der Ukraine innerhalb und außerhalb ihrer Landesgrenzen. Neben der innerukrainischen Geschichtspolitik ist das UINE ebenso in bilateralen Begegnungen und internationalen Netzwerken aktiv. Beispielsweise ist das Institut ein aktives Mitglied der europäischen NGO Platform of European Memory and Conscience und diskutiert auf dem ukrai-

nisch-polnischen Historikertreffen seit 2015 die konfliktreichen bilateralen Ereignisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das UINE orientiert sich am polnischen Pendant Institut für Nationale Erinnerung (poln. Instytut Pamięci Narodowej), das ebenfalls die Aufarbeitung des Kommunismus und eine Stärkung der nationalen Identität im Fokus hat.

Unter Poroschenko hat das UINE weitreichendere Kompetenzen als unter seinen Vorgängern, die es ihm ermöglichen, staatspolitisch zu handeln. Hier ist vor allem die praktische Umsetzung der Dekommunisierung zu nennen. Das Institut ist somit in nahezu alle Projekte und Vorhaben involviert, die einen Bezug zur Geschichtspolitik haben: Veränderung des öffentlichen Stadtraums, Mit- und Zuarbeit für die Werchowna Rada und Ausarbeitung von zahlreichen geschichtspolitischen Gesetzen oder Erlassen. Das UINE ist damit das zentrale Organ der ausführenden Geschichtspolitik des ukrainischen Staates. Neben der geschichtlichen Aufarbeitung ist eine weitere seiner Aufgaben, das öffentliche Meinungsbild zur Geschichte mitzugestalten.

Die erinnerungskulturelle Neuausrichtung wird gesetzlich flankiert

Die ukrainische Regierung hat mit den Dekommunisierungsgesetzen erstmalig einen grundsätzlich anti-sowjetischen und klar nationalukrainischen Kurs gewählt. Vor allem die Rehabilitierung von OUN- und UPA-Mitgliedern wie beispielsweise Stepan Bandera zu nationalen Freiheitskämpfern durch das Dekommunisierungsgesetz 2538-1 »Über den Rechtsstatus und die Verehrung der Kämpfer für die ukrainische Unabhängigkeit im 20. Jahrhundert« löste eine internationale Debatte aus. Dieses Gesetz definiert die Rolle der nationalistischen Bewegung als Freiheitskämpfer für eine souveräne Ukraine.

Jedoch ist die Diskussion um die Rolle der beiden Organisationen OUN und UPA nicht erst im Zuge der Dekommunisierung aufgekommen. Die Konfliktlinien darüber, wie OUN und UPA geschichtlich in den erinnerungskulturellen Kanon der Ukraine eingeordnet werden sollen, bestehen seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Vor allem die sowjetische Propaganda und die ukrainische Diaspora prägten die ukrainische Geschichte und Narrativbildung. In der sowjetischen Historiografie waren nationale Bestrebungen, die die Sowjetunion als Besatzungsmacht verstehen, grundsätzlich negativ besetzt. Andererseits interpretiert die ukrainische Diasporagemeinde die Sowjetunion aus einer Opferperspektive: Man war kein Teil der Sowjetunion, sondern die Sowjets waren die Unterdrücker und Besatzer. Beide Erinnerungsträger stehen sich erinnerungskulturell diametral und unversöhnlich gegenüber. Der

Konflikt wurde bis 1991 innerhalb der Ukraine eingefroren, ist jedoch seit der Unabhängigkeit ein polarisierendes Thema, insbesondere seit der Parlaments- und Präsidentschaftswahl 2003/4.

Der Historikerstreit um die Erinnerung an OUN und UPA

Ein öffentlicher Brief im ukrainischen Online-Magazin Krytyka entfachte 2015 vor der Verabschiedung der umstrittenen Dekommunisierungsgesetze einen Historikerstreit über die erinnerungskulturelle Neuausrichtung. Das öffentliche Schreiben, das von zahlreichen internationalen und renommierten Ukraine-Experten unterschrieben wurde, fordert den Präsidenten Poroschenko auf, die Gesetze in dieser Form nicht zu unterschreiben. Vor allem kritisieren die Experten die Rehabilitierung der Gruppierungen OUN und UPA, denn diese haben laut offiziellem Forschungsstand Zehntausende von Polen im Wolhynien-Massaker abgeschlachtet, zum Teil mit den Nazis kollaboriert und antisemitische Pogrome begangen. Im Schreiben wird UINE-Direktor Wjatrowitsch vorgeworfen, die Ukraine weiter zu spalten. Man sieht in der neuen Geschichtspolitik eine administrative Verzerrung der Geschichte und eine Verletzung des Strebens nach Wahrheit, da eine kritische Debatte zu OUN oder UPA in der Ukraine ab nun per Gesetz unmöglich sei.

Statt Poroschenko antwortet der UINE-Direktor Wjatrowitsch auf die öffentliche Kritik und verteidigt die von ihm mitentworfenen Dekommunisierungsgesetze. Er führt an, dass auch andere post-sowjetische beziehungsweise post-kommunistische Staaten ähnliche Gesetze verabschiedet hätten und dass man die besonderen Umstände, womit Wjatrowitsch womöglich den Konflikt im Donbass und die Krim-Annektion meint, berücksichtigen müsse. Er argumentiert nicht gegen die Vorwürfe, dass die OUN- und UPA-Mitglieder an Verbrechen beteiligt gewesen seien. Stattdessen unterstreicht er, dass die sowjetische Propaganda die antisemitischen und fremdenfeindlichen Verbrechen von UPA und OUN über Jahrzehnte erschaffen habe. Er wirft den Unterzeichnern des offenen Briefes stattdessen vor, sowjetische Stereotype zu nutzen – es ist eine bewährte defensive Argumentationsstrategie von ukrainischen Nationalisten, die UPA- und OUN-Kämpfer als Helden zu legitimieren, wenn sie auf die sowjetische Propaganda verweisen. Die Gesetze würden gerade zu einer Depolitisierung der Geschichte von OUN und UPA beitragen, da nun keine anti-ukrainische Propaganda mehr möglich sei, so Wjatrowitsch. Für den UINE-Direktor sind der Partisanenkult und die Widerstandsmentalität der ukrainischen Bevölkerung fester Bestandteil des kulturellen Kanons, wie aus

zahlreichen Traditionen und Musikstücken hergeleitet werden könne. Dass die Ukraine daran auch in der Gegenwart festhält, möchte Wjatrowitsch damit belegen, dass die Euromajdan-Protestteilnehmer wichtige Elemente dieser Geschichte aufgegriffen haben, beispielsweise nutzten sie schwarz-rote Bandera-Flaggen und die OUN-Losung ›Ruhm der Ukraine‹. Wjatrowitsch ruft die damalige OUN-Losung ebenfalls bei öffentlichen Veranstaltungen aus, wie auch Poroschenko, beispielsweise in seiner Rede vor dem US-amerikanischen Kongress im September 2014.

Dass die Erinnerung an OUN und UPA ein Konfliktpotenzial birgt, bezweifelt der UINE-Direktor Wjatrowitsch nicht. Laut ihm müssen nicht nur die negativen, sondern auch die positiven Seiten in Betracht gezogen werden, um eine ukrainische Geschichtsschreibung zu ermöglichen. Er betont, dass man sich ebenso einig sein müsse, sich über bestimmte Erinnerungen nicht einigen zu können. Das unterstreicht er insbesondere mit Bezug auf den ukrainisch-polnischen Austausch in der neu eingesetzten bilateralen Historikerkommission. Wjatrowitsch führt in diesem Kontext aus, dass die Polen ebenso an Persönlichkeiten erinnern würden, die in der Ukraine als Mörder gelten.

Während sich die internationale Elite in der Ukraine intensiv mit der Dekommunisierung befasste, war aus der ukrainischen Gesellschaft dazu wenig zu vernehmen. Die Dekommunisierung scheint einfach kein wichtiges Thema für die Bevölkerung zu sein, da weder langanhaltende Proteste für den Erhalt von Leninstatuen zu beobachten waren noch eine ukraineweite pro-sowjetische Opposition eine starke Stimme im oder außerhalb des Parlaments hat. Auch könnte weniger die ideologische Debatte ausschlaggebend sein, als vielmehr die Frage der finanziellen Kosten, die die Umbenennungen von Orten, Straßen und so auch Meldepapieren verursachen würden. Die einfache Bevölkerung beschäftigt sich mehr mit den aktuellen Problemen als mit der Vergangenheit.

Der Euromajdan als Fortsetzung des ukrainischen Freiheitskampfes

Den Bezug zum Freiheitskampf machten die Demonstranten und Majdan-Aktivistinnen durch Mahnmale für die gefallenen Demonstranten deutlich, wie die Gedenkstätte für die Helden des Majdan, oder durch Ausstellungen über die Himmlische Hundertschaft. So soll der Gefallenen gedacht werden, die nach der Interpretation der Aktivistinnen ihr Leben für eine freie Ukraine ließen. Der ukrainische Staat nutzt den Euromajdan und dessen Opfer für den ukrainischen Mythos der Freiheits- und Nationalbestrebung. Das entspricht ebenso der Vorstellung von UINE-Direktor Wjatrowitsch. Der Euromajdan soll als Erinnerungsort des Freiheitskampfes

fes im kollektiven ukrainischen Gedächtnis verankert werden. Die neue nationalhistorische Meistererzählung der Ukraine konzentriert sich auf die Helden des Krieges und des nationalen Freiheitskampfes. Deswegen unterstützt Wjatrowitsch aktiv die Eröffnung eines Majdan-Museums.

Das neue nationalukrainische Narrativ

Die Grundlage des Narrativs ist somit das Streben nach Unabhängigkeit. Gemäß Wjatrowitsch findet dieser Kampf um die nationale Freiheit seinen Höhepunkt in der jüngsten Geschichte der Ukraine im Euromajdan und in der aktuellen militärischen Auseinandersetzung, wie aus zahlreichen Pressemitteilungen seines Instituts ersichtlich wird. Er bekräftigt ebenso öffentlich häufig, dass die Dekommunisierungsgesetze die Grundlage für das ukrainische nationale Narrativ des »Kampfes für die Unabhängigkeit« bildeten.

Somit instrumentalisiert Wjatrowitsch den derzeitigen ukrainisch-russischen Konflikt, um ein neues nationalheroisches Meisternarrativ zu erschaffen, das an die ukrainische Vergangenheit anknüpfen soll. Jedoch vermeidet er die Benennung von konkreten Erinnerungsorten aus der Zwischenkriegszeit oder des Zweiten Weltkrieges.

Wie Georgiy Kasianov 2016 in seinem Artikel »Wie ein Krieg aus der Vergangenheit ein Krieg der Gegenwart wurde« ausführt, zieht ebenso Wjatrowitsch Parallelen zwischen dem Freiheitskampf im Zweiten Weltkrieg und dem derzeitigen Konflikt. Daran schließt auch Poroschenkos Rede zur europäischen Visaliberalisierung an, in der er davon spricht, sich aus dem russischen Imperium und der sowjetischen Vergangenheit zu befreien. Die Viktimisierung des ukrainischen Volkes ist demnach einem aufopferungsvollen Heroismus gewichen. Das neue nationalukrainische Narrativ reiht sich damit in den erinnerungskulturellen Kanon der ostmitteleuropäischen Staaten ein. Die Ukraine orientiert sich hierbei an polnischen, ungarischen und baltischen Vorbildern, die ebenfalls eine heroische Geschichtsdarstellung vornehmen und Verbrechen ihrer Helden ausblenden. Auch in diesen Gesellschaften gibt es konfliktreiche Diskussionen zur aktuellen geschichts- und erinnerungspolitischen Ausrichtung.

Schlussfolgerung

Der ukrainische Staat fördert seit 2015 ein anti-sowjetisches und nationalukrainisches Narrativ. Als Grund-

lage dienen dazu die Dekommunisierungsgesetze von 2015. Das vom UINE konstruierte Narrativ bezieht sich vor allem auf den ukrainischen heroischen Freiheitskampf. UINE-Direktor Wjatrowitsch nutzt den Euromajdan und auch den gegenwärtigen ukrainisch-russischen Konflikt und zieht Parallelen zwischen ihnen und dem Freiheitskampf von OUN und UPA. So möchte er sich vor allem von der sowjetischen Erzählung loslösen und stattdessen nur noch das rein nationalukrainische Narrativ bedienen. Seine gesamte Argumentationsstrategie baut darauf auf, dass sich die Ukraine von einer fremden Macht befreien müsse – und das sind gemäß der ukrainischen Regierung derzeit Russland und die von Russland geförderte neo-sowjetische Erinnerungskultur.

Ob aber nach der Logik von UINE-Direktor Wjatrowitsch die derzeitige ukrainische Geschichtsschreibung in einen gesamteuropäisch-pluralistischen Erinnerungshorizont eingewoben werden kann, bleibt angesichts des jetzigen Standpunkts der kritischen Geschichtsaufarbeitung fraglich. Eine staatlich geförderte multiperspektivische und demokratische Erinnerungskultur, in der die Erinnerungen der Opfer- und der Täterkollektive gleichermaßen aufgearbeitet werden, ist unabdingbar für eine gesellschaftliche Aussöhnung nach totalitär-autoritären Herrschaftsphasen. Eine objektive Aufarbeitung der sowjetischen Verbrechen durch eine Wahrheitskommission wird jedoch in Zeiten und im Kontext des ukrainisch-russischen Konflikts nur schwer zu realisieren sein. Ferner müsste auch Russland bereit sein, Schritte hin zu einer kritischen Aufarbeitung seiner imperialen Sowjetgeschichte zu machen, die aber unter der Präsidentschaft von Wladimir Putin als unwahrscheinlich gelten. Es bleibt festzuhalten, dass solche Dekommunisierungsgesetze vom Ansatz her der richtige Schritt sind, um einen gesellschaftlichen Wandel nachhaltig zu gewährleisten. Aber mit seinem nationalukrainischen und kompromisslosen anti-sowjetischen Kurs bietet der UINE-Direktor Wjatrowitsch keine Option für einen versöhnenden Dialog an. Eine Aussöhnung der pro-sowjetischen und der nationalukrainischen Erinnerungsgemeinschaften innerhalb der Ukraine scheint damit in weiter Ferne, genauso wie eine Aussöhnung zwischen den post-sowjetischen Republiken. Die Signale stehen weiter auf Konfrontation statt auf Dialog.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor:

Christian Hörbelt studierte im Masterstudiengang European Studies mit dem Schwerpunkt Osteuropa an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Während seines Studiums recherchierte er als Austauschstudent an der Mohyla-Academy in Kiew/Ukraine und forschte als Gastwissenschaftler im Center of Russian and Eastern European Studies an der University of Pittsburgh/USA. Hier wird die Zusammenfassung seiner Abschlussarbeit präsentiert.

Lesetipps:

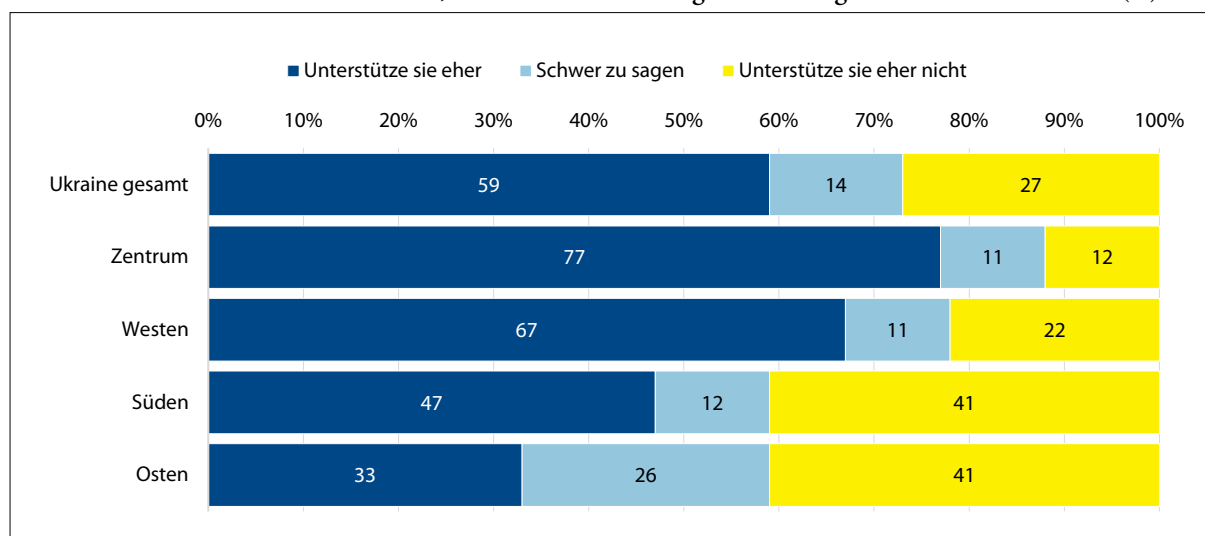
- Dmytro Myeshkov: Die Geschichtspolitik in der Ukraine seit dem Machtwechsel im Frühjahr 2014, Ukraine-Analysen 149, 15.04.2015, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen149.pdf>>
- Georgiy Kasianov: How a War for the Past Becomes a War in the Present, in: Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History 1, 2015, S. 149–155.
- Florian Peters: Roter Mohn statt Rotem Stern. »Entkommunisierung« der Geschichtskultur in der Ukraine, in: Osteuropa 3, 2016, S. 59–77.
- David Marples: Volodymyr Viatrovych and Ukraine's »Decommunization« Laws. In: Krytyka. Letzte Aktualisierung am 05.05.2015. Zugriff am 20.07.2017. Verfügbar unter <<https://krytyka.com/en/solutions/opinions/volodymyr-viatrovych-and-ukraines-decommunization-laws>>
- Tadeusz A. Olszański: The great decommunization. Ukraine's war time historical policy, OSW Point of View 65, Warsaw, September 2017, <https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/pw_65_great_decommunisation_net_0.pdf>

UMFRAGE

Geschichtspolitische Themen in Umfragen: Einführung und Abschaffung von Feiertagen, Anerkennung der OUN-UPA und des Holodomor

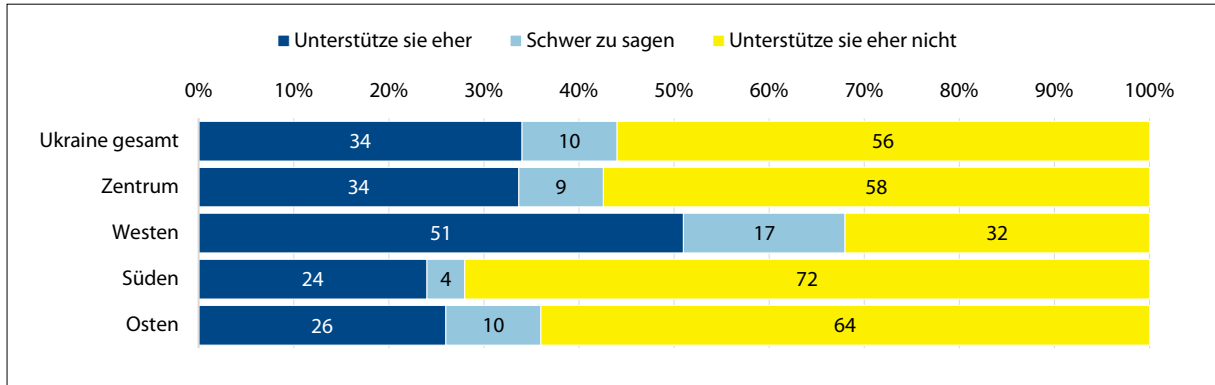
Einführung und Abschaffung der Feiertage

Grafik 1: Was halten Sie von der Idee, den 14. Oktober als Tag des Verteidigers der Ukraine zu feiern? (%)



Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 20. bis zum 29. September 2017, <http://ratinggroup.ua/getfile/267/rg_defender_s_day_102017.pdf>

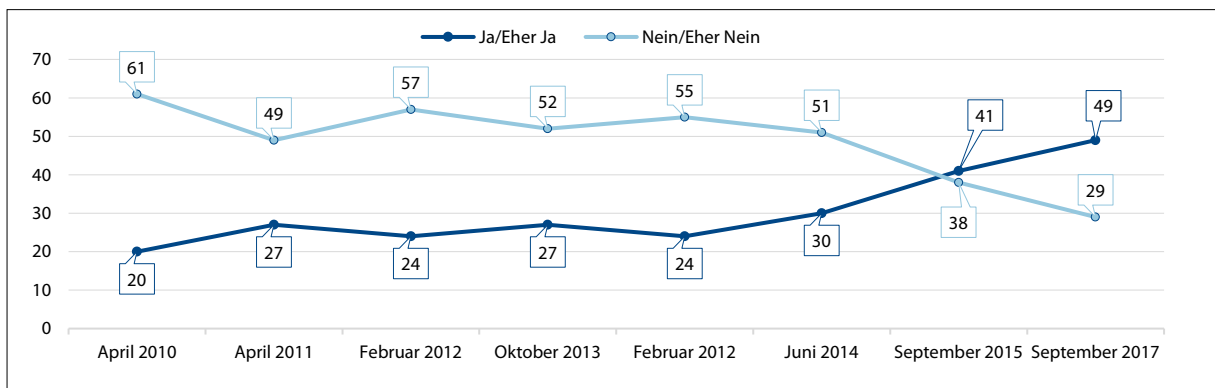
Grafik 2: Was halten Sie von der Idee, den 23. Februar – den Tag der Sowjetarmee und der Seestreitkräfte – als Feiertag abzuschaffen? (%)



Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 20. bis zum 29. September 2017, <http://ratinggroup.ua/getfile/267/rg_defender_s_day_102017.pdf>

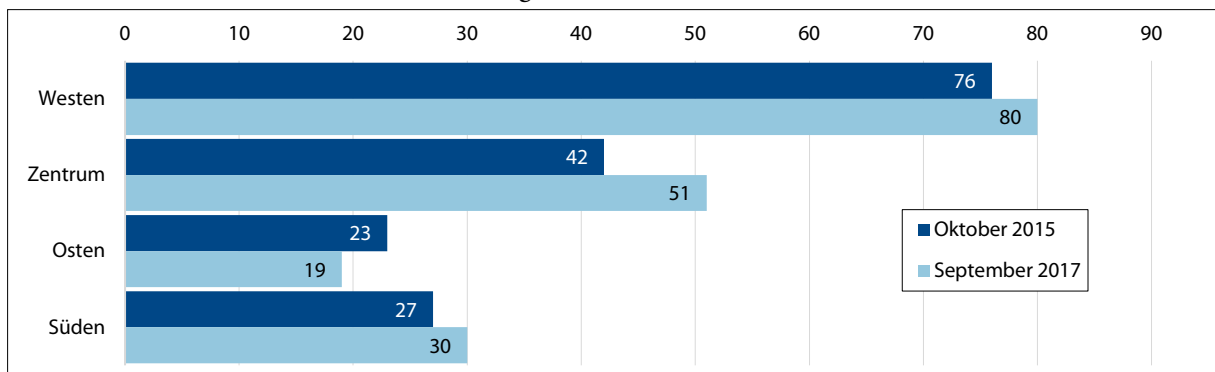
Anerkennung der OUN-UPA als Teilnehmer am Unabhängigkeitskampf der Ukraine

Grafik 3: Befürworten Sie die Anerkennung der OUN-UPA als Teilnehmer am Unabhängigkeitskampf der Ukraine? (%)



Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 20. bis zum 29. September 2017, <http://ratinggroup.ua/getfile/267/rg_defender_s_day_102017.pdf>

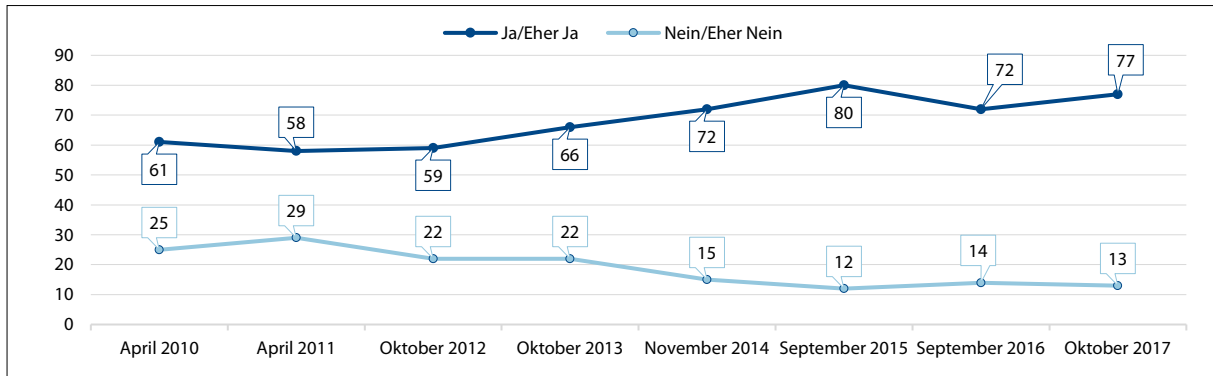
Grafik 4: Prozent derjenigen, die die Anerkennung der OUN-UPA als Teilnehmer am Unabhängigkeitskampf der Ukraine befürworten (nach Regionen) (%)



Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 20. bis zum 29. September 2017, <http://ratinggroup.ua/getfile/267/rg_defender_s_day_102017.pdf>; Ukraine-Analysen 162, S. 18

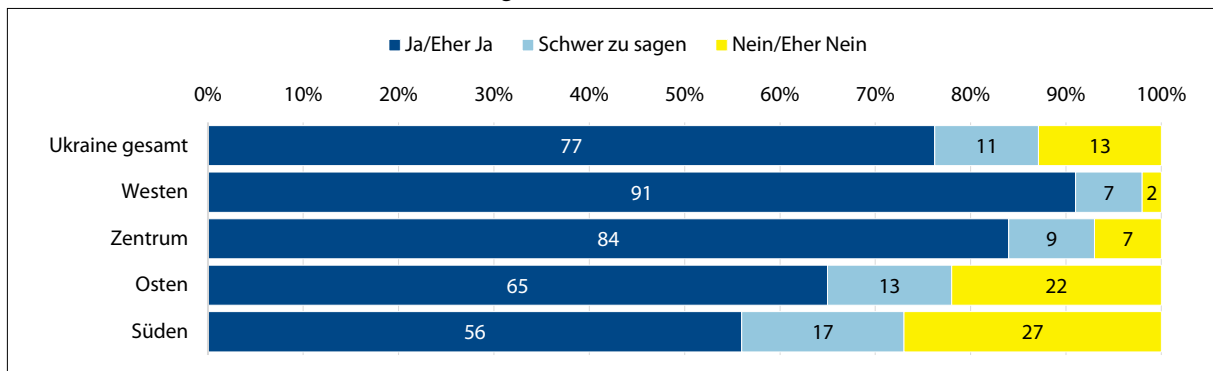
Anerkennung des Holodomor 1932–1933 als versuchter Genozid am ukrainischen Volk

Grafik 5: Sind Sie mit der Auffassung einverstanden, dass der Holodomor der Jahre 1932–33 ein Genozid am ukrainischen Volk war? (%)



Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 20. bis zum 29. September 2017, <http://ratinggroup.ua/getfile/270/holodomor_rg_2017.pdf>

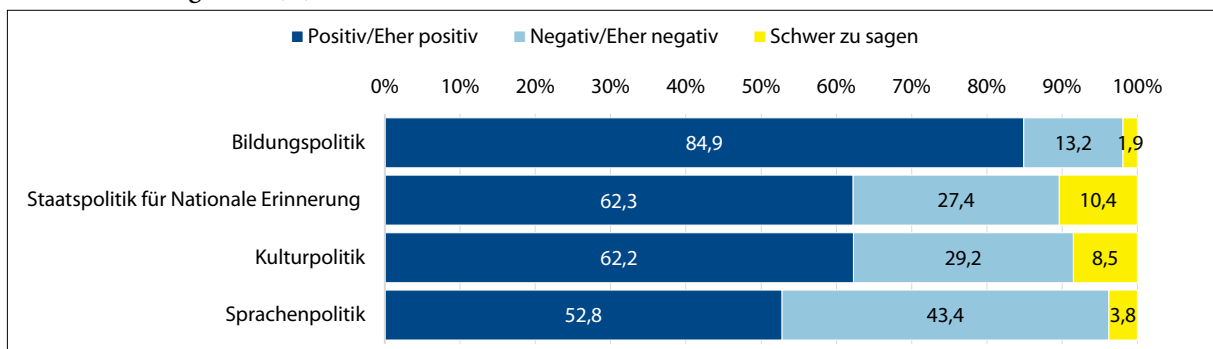
Grafik 6: Sind Sie mit der Auffassung einverstanden, dass der Holodomor der Jahre 1932–33 ein Genozid am ukrainischen Volk war? (nach Regionen) (%)



Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 20. bis zum 29. September 2017, <http://ratinggroup.ua/getfile/270/holodomor_rg_2017.pdf>

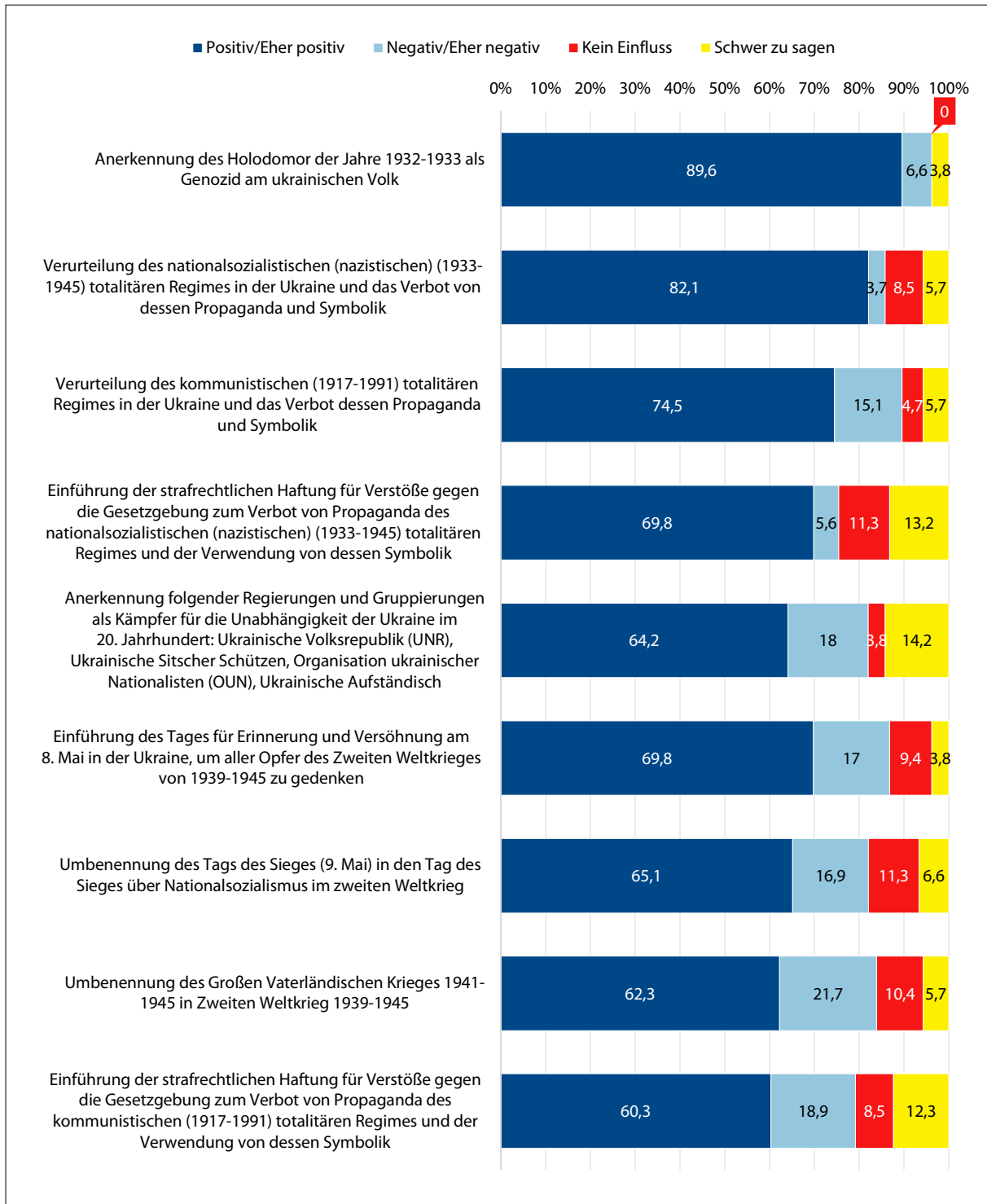
Die Meinungen ukrainischer Experten zur aktuellen Geschichtspolitik der Ukraine

Grafik 1: Inwieweit tragen die folgenden Faktoren zur Bildung einer nationalen Identität der ukrainischen Bürger bei? (%)



Quelle: Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 3. bis 27. März 2017 (N=106), <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD169-170_2017_eng.pdf>

Grafik 2: Wie haben die folgenden geschichtspolitischen Bestimmungen der ukrainischen Gesetzgebung die Bildung einer gemeinsamen nationalen Identität der ukrainischen Bürger beeinflusst?



Quelle: Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 3. bis 27. März 2017 (N=106), <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD169-170_2017_eng.pdf>

Gedenkpraktiken im Jahr 2017 laut den Berichten der OSZE-Beobachtermission

01.01.2017 – the birthday of Stepan Bandera

On 1 January, the SMM observed **marches marking the birthday of Stepan Bandera**. In Kyiv the SMM observed a crowd of about 2,500 (men and women of different ages) who gathered in Shevchenko Park and marched to Maidan Square. Some carried torches, red and black flags and the flags of the Svoboda political party, the Congress of Ukrainian Nationalists, the youth organization *Sokil*, *Bilyi Molot*, the Organization of Ukrainian Nationalists, *Kholodnyi Yar* and those of the non-governmental organizations, Banking Riot and Protection of Ukrainian People. Approximately 1,000 law enforcement officers were present. In Ivano-Frankivsk the SMM observed approximately 500–600 persons (mostly middle-aged or elderly men) march to a Bandera monument. In Lviv the SMM saw about 300 people (75 per cent men, mostly middle-aged and elderly) gathered at a Bandera monument. In Odessa the SMM observed about 300 people (about 70 per cent men, with an average age of around 30 years-old) march from the Shevchenko Monument to the city centre. The flags of the Right Sector, Svoboda, Sokil and the Odessa Maidan Self-defence were visible in the crowd. About 60 National Guards and 20 police officers escorted the march. Apart from a scuffle at the Odessa march, all events passed off peacefully.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/291926>>

20.01.2017 – the “active phase” of the Maidan protests

The SMM **monitored a march** in central Kyiv marking the third anniversary of what the participants called the “active phase” of the Maidan protests. About 100 people (90 per cent men, mostly young and middle aged) gathered on Independence Square. The SMM observed red-and-black flags emblazoned with “OUN” (Organization of Ukrainian Nationalists), blue and yellow flags (not national flags), and others with skulls and “Bank Rebellion” written on them. Some participants held signs with “White Hammer” and “Warrior Hammer” written on them. Marchers walked to Mykhaila Hrushevskoho Street, where the SMM saw about 100 National Guards and 50 police officers. One marcher attempted to set tyres on fire but was stopped by riot police. Soon after, riot police forcibly entered the crowd and seized tyres. Protestors then walked back to Independence Square and dispersed peacefully.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/294946>>

21.01.2017 – Unity Day

On 21 January the SMM monitored **gatherings to mark Ukrainian Unity Day**. About 150 people (60–70 per cent male, aged 20–60) gathered in Kyiv’s central square, protesting against what they said was Russian involvement in the conflict in Ukraine. The event took place without police presence and ended peacefully. The SMM monitored similar gatherings near the Russian Federation consulates in Odessa (about 80 people, with the presence of about 25 National Guards and 25 police officers) and Kharkiv (about 45 people, with the presence of about 300 police officers). The SMM monitored other peaceful Unity Day gatherings in Kyiv, Odessa, Chernivtsi and Ivano-Frankivsk.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/295386>>

19.02.2017 – the third anniversary of *Maidan* events from 2013–2014

The SMM observed **numerous public gatherings in Kyiv**. On 18 February, a four-day series of commemorations began to mark the third anniversary of *Maidan* events from 2013–2014. Throughout the day, the SMM observed between 350–600 people (mixed gender and age) attend various speeches at prominent sites during the events including Mykhailovskii and Sofiivskii squares and *Maidan Nezalezhnosti*, or Independence Square. The SMM saw large screens with images of the 100 men who died during the events, called the Heavenly Hundred, being projected and people gathering on Instytutska Street in front of memorials for each of the men along the side of the road. Police and National Guard of Ukraine were stationed throughout the city centre, and all entry/exit points to Independence Square and surrounding areas were equipped with portable walk-through metal. The SMM noted hundreds of police officers patrolling and some were accompanied by dogs. Throughout the day the SMM noted a peaceful situation.

In the afternoon on 19 February, approximately 1,000 people gathered (mixed gender and age, about ten per cent wearing camouflage and insignia of the former Donbas battalion) at *Maidan Nezalezhnosti* and walked up Instytutska

Street to Bankova Street. The SMM observed people carrying Ukrainian and red-and-black flags and several activists and a politician gave speeches in front of the group on Bankova Street in favour of the current railway blockades in eastern Ukraine, which according to them have been undertaken to expose and halt what they said were corrupt business practices and profiteering.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/300946>>

20.02.2017 – “Heavenly Hundred”

The SMM monitored peaceful **demonstrations commemorating the third anniversary of the Maidan events**. On the evening of 19 February, the SMM saw a gathering of about 300 people (mostly men aged between 20 and 35) in front of the Duke Monument in Odessa (overseen by two police officers and ten guards of city council). On 20 February, the SMM monitored a gathering of 300 people (men and women different age groups) near the Shevchenko monument in Kharkiv (overseen by 150 law enforcement officers), a gathering of 800 people (men and women different age groups) in front of the building of the regional administration in Ivano-Frankivsk (overseen by five police officers), and a gathering of 1,500 people (men and women different age groups) in front of the monument to the “Heavenly Hundred” (overseen by about 400 officers of police and National Guard present) in Kyiv.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/301111>>

23.02.2017 – the Defender of the Fatherland day

In Odessa, on 23 February the SMM **monitored a commemoration of the Defender of the Fatherland day** at the monument of the Unknown Sailor. At 10:45 a police officer present told the SMM that there was an announced bomb threat. The SMM observed the monument and its surrounding areas were cordoned by about 80 officers of the police and National Guard, and a bomb squad vehicle and a fire truck were parked nearby. In front of the cordon there were a group of some 50 people (mostly elderly men and women) waiting to lay flowers, and another group of some 40 men (aged between 18 and 45), most of them wearing military-style clothes. The SMM saw two police officers taking an elderly woman, who was shouting at National Guard officers, to a police car, and driving away. A police officer told the SMM that it was a “measure to prevent violence”. At 11:45, police informed the SMM that the area was clear of any explosive devices and started to let small groups (10–20) of people approach the monument and lay flowers. Other than exchange of verbal arguments between the two groups the SMM did not observe any incidents.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/301841>>

10.04.2017 – Odessa’s liberation in 1944

On 10 April, in Odessa, the SMM monitored several events coinciding with the anniversary of the city’s liberation in 1944. In Shevchenko Park about 500 people were gathered and the site was secured by about 250 police and about 100 National Guards. After an official ceremony, about 100 people (men and women, 35–65 years old), escorted by about 50 police officers, marched to the monument shouting anti-Maidan slogans. The SMM saw another group comprising of participants carrying Right Sector symbols and recognised some of them. The SMM saw the police intervene several times, detaining some of the participants of the latter group. A police official told the SMM that a total of 16 activists had been detained. On the same day, in front of the Prynorskyi district police station at 42 Hretska Street, about 60 activists from the same two groups were gathered, and the station was guarded by ten police officers in riot gear, with two buses of similarly dressed police nearby. Both police and activists told the SMM that some of the detained activists had been released. At a monument in the Arcadia area of the city, the SMM monitored another gathering (of about 600 people and 300 police officers), which ended peacefully. A smaller gathering in Victory Park also ended peacefully.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/311096>>

28.04.2017 – the 70th anniversary of Operation Vistula

On 28 April in Lviv the SMM monitored a **gathering marking the 70th anniversary of Operation Vistula**, attended by about 250 people (men and women aged 15–75). Twelve police officers were present at the event, which took place peacefully.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/314571>>

02.05.2017 – commemoration of the events of 2 May 2014 in Odessa

02.05.2017

The SMM monitored the **commemoration of those who lost their lives during the events that took place on 2 May 2014 in Odessa**. The SMM monitored events at Kulykove Pole in Odessa where some 300 police and National Guard officers were present at and around the square, which was cordoned off by police tape and vehicular traffic was closed. The SMM observed police officers close the square for about half an hour due to, what they said, was a bomb alarm. At around 14:00 about 400–500 individuals entered the square for a commemoration ceremony. The SMM also observed about 70 individuals—some wearing insignia of and others known to the SMM as different pro-Maidan groups—gathered in small groups outside the square. Some of them said that they were observing and would report any provocations to the police. Throughout the day, the SMM saw a few thousand people (men and women, different age groups) visiting the square. The SMM did not observe any incidents.

The SMM also monitored a ceremony at the corner of Derybasivska and Preobrazhenska Streets in Odessa. The SMM saw about 100 persons (men and women, different age groups), including about 40 people who were wearing clothes or arm-bands with Right Sector insignia. About 40 police and National Guard officers were present in the area. Several speeches were delivered at the event, which concluded peacefully.

In Kherson, the SMM monitored a similar commemoration event at the Heroes Square. The SMM saw about 50 individuals (men and women, different age groups), including 12 individuals who identified themselves as members of the Right Sector and about 15 young men who identified themselves as affiliated with the Azov movement. About 150 police officers were present at and around the square, including groups of riot police in the vicinity.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/314916>>

03.05.2017

The SMM continued monitoring the **commemoration of the events of 2 May 2014** in Odessa. (See SMM Daily Report 3 May 2017.) On the evening of 2 May, in Hretska Square, the SMM saw about 300 people (mostly men, 20–60 years old), some of whom identified themselves as members of the Right Sector, Right Youth, National Corps, and State Initiative of Yarosh. About 150 police officers were present at the square. The SMM did not observe any incidents.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/315251>>

08.05.2017 – Reconciliation and Commemoration Day

On 8 May, the SMM monitored **gatherings and events marking “Reconciliation and Commemoration Day” in Kharkiv, Dnipro, Ivano-Frankivsk and Odessa**. In Kharkiv, the SMM observed about 1,000 people (mixed gender, all ages), including representatives of local government, religious communities and the diplomatic corps, gathered at the city centres. About 600 police officers were present. In Odessa, the SMM monitored a commemoration event at the Alley of Glory where about 300 people (mixed gender, all ages), including local government officials and NGO groups, attended. About 50 police officers were present. In Dnipro, the SMM observed an event held at the Memory and Reconciliation Park where about 200 people (mixed gender, all ages), including local government officials, veterans and civic groups, attended. Only a few police officers were observed. In Ivano-Frankivsk, the SMM observed about 150 people (mixed gender, all ages) gathered at the city centres. A dozen police officers were present. The Mission observed no security incidents at any of these events.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/316156>>

09.05.2017 – Victory Day

The SMM also observed a **number of gatherings marking 9 May across Ukraine**. In Kyiv the SMM monitored as up to 5,000 people gathered near the Park of Eternal Glory and the Tomb of the Unknown Soldier. The SMM assessed that around 3,500 law enforcement officers were present during the course of the day. Outside Arsenalna metro station the SMM observed a group of 20 persons, some known to the SMM as Organization of Ukrainian Nationalist (OUN) members and members of the Committee for liberation of political prisoners (mostly men, aged 20–50 years-old) confront people making their way to the march. The SMM saw heated arguments and some brief scuffles. Later, the SMM observed as at least six OUN members threw rotten potatoes, smoke grenades and glass bottles at marchers. A short time later the SMM saw a group of around 15 people, some carrying yellow-and-blue flags and black-and-red flags, confront marchers at the Park of Eternal Glory. The SMM witnessed a young man hitting an elderly marcher. Security officers promptly tackled the young man. Several other verbal confrontations were seen by the SMM.

In Odessa the SMM monitored a “March of the Immortal Regiment” (attended by about 650 persons at its height). Some participants carried pictures of deceased WWII veterans. At the Alley of Glory, thousands of visitors (many more than participated in the march) laid flowers at the Tomb of the Unknown Sailor. Thirty riot police and National Guard personnel were present. The SMM observed as police removed some St. George ribbons and Communist symbols from marchers, which led to minor scuffles. Near the Alley of Glory small groups of pro-Maidan activists shouted at the marchers. The SMM later observed scuffles between activists from pro-Maidan groups (the SMM recognized members of Street Front, Svoboda, and Right Sector) and people attending the march. In all instances observed by the SMM, security forces (40 National Police and 15 National Guards) quickly intervened and deescalated the situation. Also in Odessa the SMM saw flowers being laid at the Wings of Victory monument on April 10th Square in a ceremony attended by about 500 persons. About 200 police officers and cadets were present.

In Kharkiv the SMM saw around 10,000 people gathered at the Monument of Glory with about 1,000 law enforcement officers present. The SMM observed shouting and scuffles between elderly people laying flowers at the memorial and uniformed individuals who told the SMM that they were ATO veterans. Police intervened and separated the two groups. The SMM also monitored ceremonies in Solonytsivka (23km west of Kharkiv) attended by about 400 people and in Kremenchuk (250km west of Kharkiv, Poltava region), attended by some 2,000 people. About 100 law enforcement officers were present at each ceremony.

The SMM also observed 9 May events in Mykolaiv (attended by 4,000 people), Kherson (attended by 3,000–4,000 people), Chernivtsi (about 500 persons) and in Lviv (about 30 persons). The SMM also monitored gatherings marking “Reconciliation and Commemoration Day” in Lviv and in Chernivtsi. In Lviv the SMM observed about 200 people gather in memory of the victims of the Shtaloh-328 concentration camp. In Chernivtsi the SMM observed about 130 persons gathered at the monument of the “Bukovynskyi Kurin”.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/316596>>

18.05.2017 – the Soviet deportation of the Crimean Tatars

The SMM monitored public gatherings marking the 1944 deportation of the Crimean Tatars near the administrative border line between Kherson and Crimea. (...) On 18 May, the SMM monitored **public gatherings near the administrative border line between Kherson and Crimea**. In the city of Henichesk (176km east of Kherson), the SMM monitored a gathering near the city square attended by about 300 people, mainly Crimean Tatars from surrounding areas. The SMM saw some 100 police officers and twelve Ukrainian Armed Forces personnel (unarmed) present. The SMM also noted a group of three men in camouflage attire and green berets as well as around 30 young Crimean Tatars, some of whom were masked and in camouflage attire. Kherson region’s high-ranking officials and Crimean Tatar activist leaders participated in the event and gave speeches.

Later the same day, at an event held near and at the crossing point of Chonhar (167km south-east of Kherson), the SMM observed about 300 people (mixed gender, all ages), an extensive police presence of approximately 100 police officers (unarmed) outside the crossing point and an increased number of armed border guards inside the crossing point. The SMM saw the so-called *Asker*-mobile group, with a cargo truck with metal plates welded to its exterior, attempting to proceed inside the crossing point towards the bridge that divides Kherson region and the Crimean Peninsula, which was subsequently blocked by the border guards’ off-road vehicles about 50m from the bridge. A group of about 25 people, including high-ranking officials of the Kherson region and Crimean Tatar regional *Mejlis*, then walked towards the bridge; once the group crossed the bridge’s halfway mark, guards on the other side of the bridge stretched razor wire across the road and with two military trucks stopped the group’s advancement two–three metres from their position. After 35 minutes of rallying on the bridge, during which the group sang the Ukrainian anthem several times, raising the Ukrainian and Crimean Tatar flags on the flagpole located at the mid-bridge point, they proceeded back and soon vacated the crossing point. The gatherings then ended peacefully.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/318506>>

21.05.2017 – victims of political repression under the Communist regime

On 21 May in Lviv, the SMM monitored an **event in memory of the victims of political repression under the Communist regime**. The SMM observed about 200 people (men and women between 35 and 75 years old), including representatives of local authorities and law enforcement agencies, participating in a commemoration event where speeches were held commemorating victims of political repression. At the end of the event, flowers and candles were placed at the foot of the monument of the Victims of Communist Crimes and a memorial service was conducted by the Ukrainian Orthodox Church. The SMM saw four police officers present. The event was peaceful.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/318696>>

28.05.2017 – “Day of Heroes”

On 28 May, the SMM monitored a range of events on the occasion of the “Day of Heroes” in Lviv. The commemorative event started with the laying of flowers at Lychakiv cemetery and was followed by reciting of a prayer by the local clergy. The SMM observed approximately 1,000 participants, including civil society activists, members of youth organizations as well as local and regional authorities. Another commemoration took place in front of Taras Shevchenko monument with approximately 2,200 people. The SMM observed approximately 20 police officers and one ambulance on the site. All events passed peacefully.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/320136>>

28.06.2017 – Constitutional Day

The SMM monitored **celebrations of Constitutional Day** in Dnipro and Kharkiv. In Dnipro the SMM observed two separate events, one at the Taras Shevchenko monument in central Dnipro where about 300 participants, including members of Parliament and local authorities, were present. The SMM also saw 20 unarmed police officers. Another event took place in front of the regional state administration building with the participation of about 200 people. Each of the events lasted for about 20 minutes. In Kharkiv the SMM observed an official ceremony where about 1,000 people were present, including representatives of the regional authorities. The SMM saw 50 police officers present.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/326917>>

22.07.2017 – the inauguration of a monument dedicated to Ivan Mazepa

On 22 July, in the centre of Kolomak (90km south-west of Kharkiv), the SMM **monitored a gathering** to mark the inauguration of a monument dedicated to Ivan Mazepa, who had been elected as the Hetman of Zaporizhzhian Host 330 years ago. The SMM saw about 3,000 people (men and women of different ages), many of whom were wearing traditional Ukrainian clothes, as well as regional government officials and religious representatives attend the ceremony. Some participants were holding Cossack flags. About 230 police officers were present. The event ended peacefully.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/331856>>

27.–28.07.2017 – the adoption of Christianity by the Kyivan-Rus state

27.07.2017

Also in Kyiv, the SMM **monitored a procession of between 15,000 and 20,000 people** (about 80 percent older women) organized by the Ukrainian Orthodox Church to commemorate the adoption of Christianity by the Kyivan-Rus state. The SMM assessed about 3,000 police officers and National Guards secured the route as marchers walked between Volodymyrska Hill and Pechersk Lavra. The SMM did not observe any security incidents, and police also reported that there had been no serious incidents.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/333056>>

28.07.2017

In Kyiv, the SMM **continued monitoring commemorations** of the adoption of Christianity by the Kyivan-Rus state. (See SMM Daily Report 28 July 2017.) The Mission monitored a procession of between 4,000 and 5,000 people (mostly middle-aged and elderly, about 40 per cent women) organized by the Ukrainian Orthodox Church of Kyiv Patriarchate. The SMM assessed that about 1,000 police and National Guard officers provided security as the marchers walked between St. Volodymyr Cathedral and Volodymyrska Hill. The SMM did not observe security incidents.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/333201>>

24.08.2017 – National Flag Day and Ukrainian Independence Day

On 23 and 24 August, the SMM monitored **public gatherings in commemoration of National Flag Day and Ukrainian Independence Day** in Chernivtsi, Dnipro, Ivano-Frankivsk, Kramatorsk, Kharkiv, Lviv, Mariupol, Mykolaiv, Odessa, Shchastia, Sievierodonetsk (74km north-west of Luhansk), Sloviansk (95km north of Donetsk) Stanytsia Luhanska, Poltava, and Zaporizhzhia; the SMM observed no incidents during the events, which gathered on average, 500 to 100 individuals. The SMM also monitored a gathering of about 4,000 people in Kharkiv marking the liberation of the city in August 1943.

On 24 August, in Kyiv, the Mission saw thousands of people gathered to observe a military parade on Khreshchatyk Street, which was secured by a large law enforcement presence. Following up on information released by Kyiv

City Police regarding an explosion in Hrushevskoho Street in Kyiv that resulted in injuries, the SMM observed one forensic team examining the scene, which was cordoned off.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/336636>>

30.08.2017 – Illovaïsk battle

In Poltava region, the SMM monitored four public gatherings in commemoration of the “Ilovaïsk battle” that took place in August 2014. On the morning of 29 August, in Kremenchuk (225km south-west of Kharkiv), the Mission saw a gathering of 150 people (mixed gender and ages), including regional state administration representatives, Ukrainian Armed Forces soldiers and ATO veterans, at a park at 2 Pushkina Street. Some of them were carrying Ukrainian national flags and ATO veteran association flags. About 20 police officers were present. During the event, participants gave speeches, noting those volunteers from Kremenchuk who had lost their lives in the “Ilovaïsk battle”. One hour later at the city cemetery in Svishtovska Street in Kremenchuk, the SMM saw a similar gathering of about 100 people (mixed gender and ages), including government officials, religious representatives, Ukrainian Armed Forces soldiers and ATO veterans. Two police officers were present.

The same day, in Poltava (86km south-east of Kharkiv), the SMM monitored a gathering in front of the regional state administration building. The Mission saw about 50 people (mixed gender and ages), some of whom laid flowers in front of the building. About 30 participants then walked to the city cemetery, as announced during the event, to honour four Ukrainian Armed Forces soldiers from Poltava who had lost their lives in the “Ilovaïsk battle”. Later the same day, the SMM saw about 80 people (mixed gender and ages) gathered in front of the Mazepa Monument at Soborna Square in the centre of Poltava, including about 30 men in uniforms (ten in National Guard and 20 in Ukrainian Armed Forces uniforms) holding flags of different former battalions. Five police officers were present. All events ended peacefully.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/337466>>

15.10.2017 – Defender of Ukraine Day and the 75th anniversary of the founding of UPA

On 14 October, the SMM monitored events around the Defender of Ukraine Day holiday and an announced “Glory to the Heroes” march dedicated to the 75th anniversary of the founding of the Ukrainian Insurgent Army. The SMM saw about 20,000 people (mainly under 40-years-old, and 90 per cent young men) marching through Bessarabska Square, along Khreshchatyk Street to Kontraktova Square. The SMM saw flags of National Corps, Svoboda, Right Sector and two flags of the group “Wotan Jugend”. Police officers, including about 250 wearing riot gear, walked in front of the march. The SMM saw and heard several instances of small firecrackers or smoke canisters being set off during the march, as well as small, hand-held torches that some marchers lit and burned briefly as they passed along Khreshchatyk Street. The SMM did not observe any incidents.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/350211>>

07.11.2017 – October Revolution

In Donetsk city the SMM observed about 200 people—some carrying red flags—gathered in front of the public library on Artema Street. The gathering, on the occasion of the 100th anniversary of the October Revolution, had been announced online. The SMM also observed preparations being made in Lenin Square in Donetsk for an event to celebrate the same event.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/355376>>

21.11.2017 – the Day of Dignity and Freedom

The SMM monitored gatherings, as previously announced, in commemoration of the Day of Dignity and Freedom in Kyiv, Kherson, Mykolaiv and Chernivtsi. In Kyiv, the SMM observed that on this occasion an event marking Paratroopers Day was organized on Mykhailivska Square by the Government. The Mission saw about 300 people (men and women of different ages), including government officials, and about 100 paratroopers at the event. At least 50 National Guard and 20 police officers were present. Later in the day, the SMM saw about 250–300 people (20–50 years old, mainly men) gathered on Independence Square; some of them were carrying Organization of Ukrainian Nationalists and red-and-black flags and flags with the word “New Fire”, along with Ukrainian national flags. About 250 police officers were present nearby. The SMM saw shoving between some of the participants and police officers in a short period of time but did not observe any further incidents.

In Kherson, the SMM observed about 400–500 people (men and women, aged 20–60, and children), including about 20 people in military-type clothing, gathered at Freedom Square. About six to ten police officers were present. The SMM also observed similar gatherings of about 400 people in Mykolaiv (58km north-west of Kherson) and Chervivtsi. All these events ended peacefully.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/358186>>

30.11.2017 – the fourth anniversary of the *Maidan* events

In Kyiv, the SMM observed a **gathering to commemorate the fourth anniversary of the *Maidan* events**. On the evening of 29 November the SMM saw about 60 people (all ages, 70 per cent men) gathering in Independence Square to commemorate the fourth anniversary of the Maidan events as well as about 100 police and riot police officers. The participants lit torches and marched up Heroiv Nebesnoi Sotni Alley and Instytutska Street, where they were joined by 50 men dressed in black (some with balaclavas) wearing patches of the Donbas battalion and the Organization of Ukrainian Nationalists. The SMM saw participants throwing flares at police officers. The participants continued towards the Ministry of Internal Affairs building, followed by about 200 police officers. Another 100 police officers were seen standing outside the ministry building. Also outside the ministry building, some of the participants gave speeches, and others were seen lighting up flares and smokescreens. The participants wearing black outfits marched towards the Parliament building. When one of these tried to set up a small tent, police officers intervened, which led to multiple small clashes and participants throwing flares, firecrackers and snowballs at police. The SMM observed a participant being detained by police. When the SMM departed about 20 minutes later, a dozen participants remained near the ministry building.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/360141>>

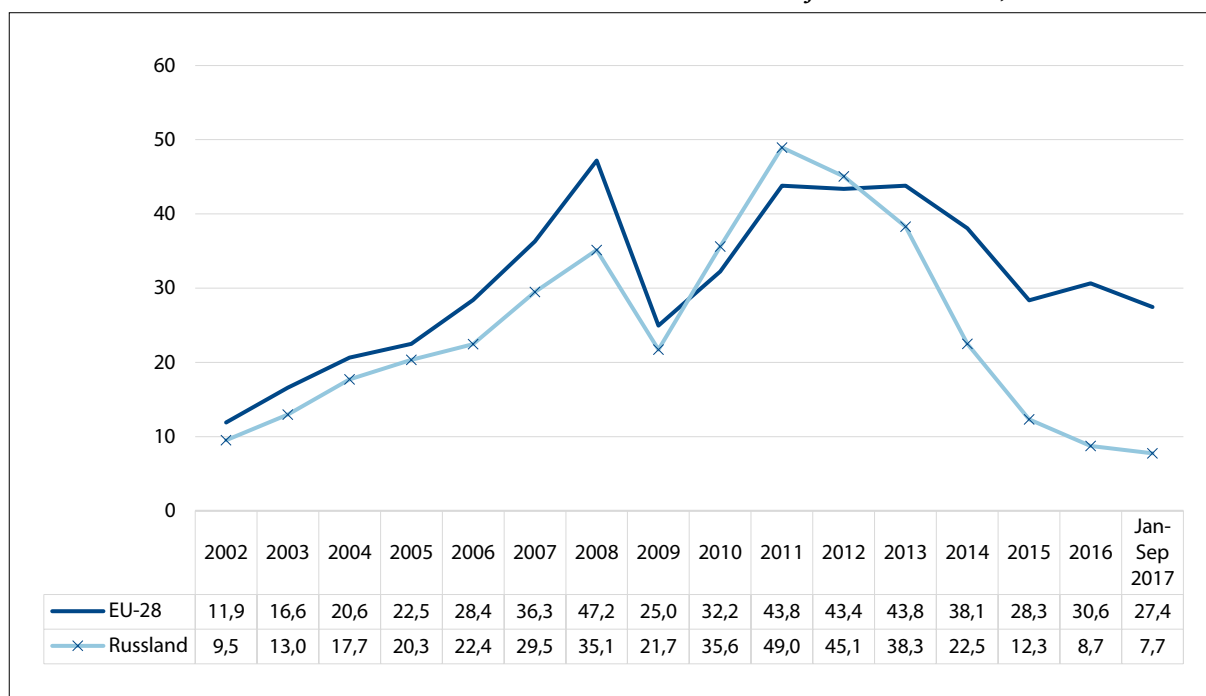
Lesetipp:

Gedenkpraktiken im Jahr 2015 laut den Berichten der OSZE-Beobachtermission, Ukraine-Analysen 162, 27.01.2016, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen162.pdf>>

STATISTIK

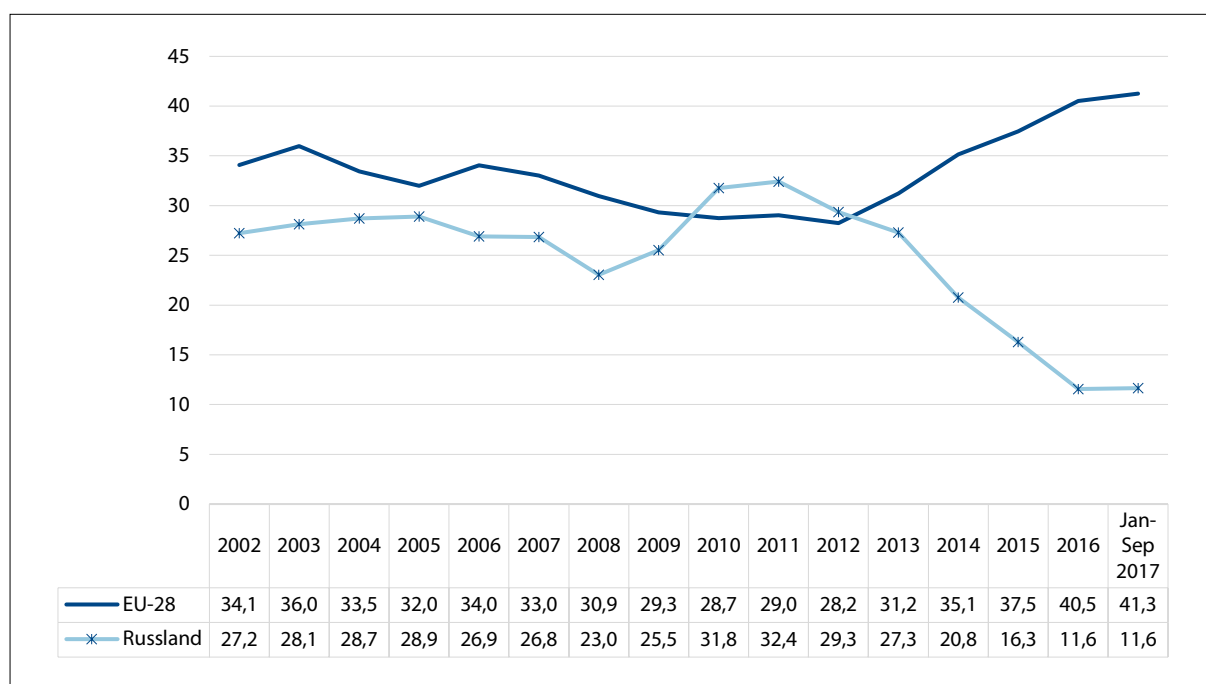
Güterhandel der Ukraine mit der EU-28

Grafik 1: Güterhandel der Ukraine mit der EU-28 und Russland in den Jahren 2002–2017, in Mrd. US-Dollar



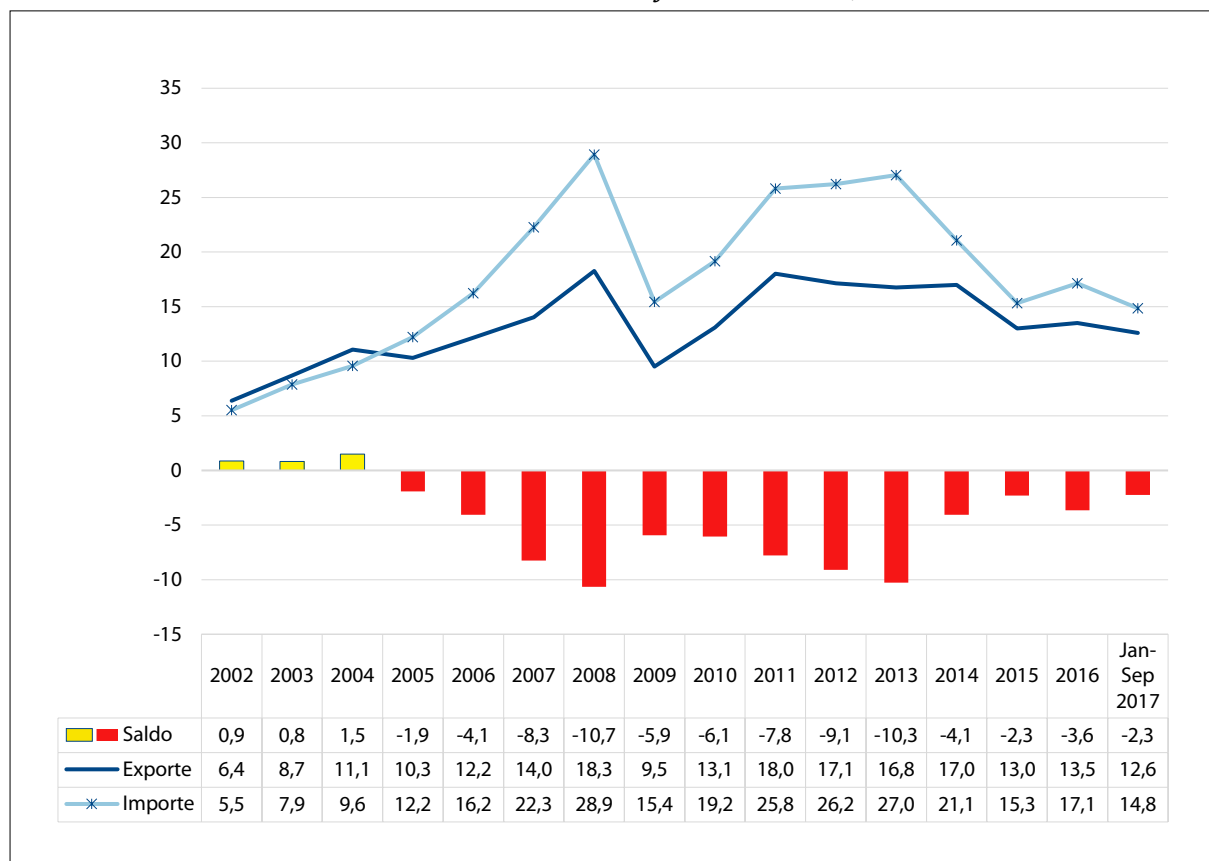
Quelle: Staatliches Statistikanalysen, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Grafik 2: Güterhandel der Ukraine mit der EU-28 und Russland in den Jahren 2002–2017, in % des gesamten Güterhandels



Quelle: Staatliches Statistikanalysen, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Grafik 3: Güterhandel der Ukraine mit der EU-28 in den Jahren 2002–2015, in Mrd. US-Dollar



Quelle: Staatliches Statistikanstalt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

DOKUMENTATION

EU verschiebt die Auszahlung der dritten Tranche der Makrofinanzhilfe für die Ukraine

European Commission ready to consider further Macro-Financial Assistance to Ukraine, provided reform momentum is stepped up

Brussels, 1 December 2017

European Commission ready to consider further Macro-Financial Assistance to Ukraine, provided reform momentum is stepped up

The EU has supported Ukraine in many ways, particularly in view of the conflict that began in 2014 and at the peak of its balance-of-payments crisis. In addition to political support, the EU has pledged a **€12.8 billion support package** to support the reform process including through unprecedented disbursements via the EU's Macro-Financial Assistance (MFA) instrument to help the country cover its external financing needs. Ukraine is—and will remain—one of the EU's key partners. As such, the EU will continue to stand by Ukraine and its citizens as the country further progresses with its reforms and economic adjustment.

A primary instrument in the EU's overall strategy vis-a-vis Ukraine was to provide €1.8 billion in MFA via the programme approved in April 2015, from which €1.2 billion have already been disbursed in two tranches. The MFA programme has also fostered the implementation of a wide-ranging structural reform agenda that has sought to tackle key challenges, in line with Ukraine's own domestic reform programme and the objectives set out in the Association Agreement, including the Deep and Comprehensive Free Trade Area. The availability of this current MFA programme expires at the beginning of January 2018.

As regards the third and final tranche of MFA, Ukraine has fulfilled a large share of the policy commitments agreed with the EU. This includes important measures to increase transparency in public finance management; to launch public administration, judicial and governance reform; to advance ongoing reforms of the energy sectors, improve the business environment and reinforce social safety nets. These structural reforms will benefit Ukraine's citizens, which is the ultimate objective of the EU's assistance.

Four of the measures linked to the third and final tranche of this MFA currently remain outstanding. Against this background, the Commission is not in a position to disburse the last tranche of the current MFA programme. We encourage Ukraine to maintain the reform momentum in the many areas that have progressed well, and complete the measures outstanding under the current programme, with the support of all stakeholders.

At a meeting between European Commission Jean-Claude **Juncker** and President of Ukraine Petro Poroshenko in the margins of the Eastern Partnership Summit, which took place in Brussels on 24 November 2017, President Poroshenko expressed an interest in further MFA from the EU. President Juncker expressed his openness in this regard. From Ukraine's side, reinforcing the reform momentum and resisting internal pressures for policy reversals on important reforms will be crucial, particularly over the coming months.

The Commission stands ready to assess the relevance of a successor MFA operation and, if judged warranted, to present a proposal for a new MFA operation in early 2018. An economic assessment, including of external financing needs, will have to be conducted and the details of this proposal would have to be worked out. Moreover, it will be important to ensure that the country's IMF programme remains on track. Any proposal would be subject to the approval of the European Parliament and of the Council of the EU, as per normal legislative practice.

Background

Macrofinancial assistance (MFA) operations are part of the EU's wider engagement with neighbouring countries and are intended as an exceptional EU crisis response instrument. They are available to EU neighbour countries experiencing severe balance-of-payments problems. In addition to MFA, the EU supports Ukraine through several other instruments, including humanitarian aid, budget support, technical assistance and blending facilities to support investment.

Following Ukraine's request in late 2014 for additional financial assistance as a result of the deterioration of its macroeconomic situation, the Commission proposed an MFA operation of up to €1.8 billion on 8 January 2015 with the objective of alleviating the country's external financing needs. The Commission proposal was adopted by the co-legislators on 15 April 2015. The Memorandum of Understanding and Loan Facility Agreement attached to the third EU MFA programme were signed by Ukraine and the EU on 22 May 2015 in Riga. The two documents were ratified by the Ukrainian Parliament on 18 June 2015 and entered into force on 3 July 2015. The first tranche under this new programme (€600 million) was disbursed on 22 July 2015, while the second tranche (also €600 million) was released on 4 April 2017.

Ukraine has so far benefitted from a total of €2.81 billion worth of EU MFA loans since the onset of the crisis in early 2014. This includes €1.61 billion disbursed in 2014–2015 as part of two earlier MFA operations, and €1.2 billion as part of the third, ongoing operation.

Quelle: <http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-5064_en.htm>

Skandal um Antikorruptionsbehörden: nationale und internationale Reaktionen

Ende November 2017 brach in der Ukraine ein weiterer Skandal um Antikorruptionspolitik aus. Zunächst wurde ein Agent des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (NABU) bei einem Versuch verhaftet, Bestechungsgeld an den ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Staatlichen Migrationsdienstes zu übergeben. Gleichzeitig wurden im NABU Durchsuchungen durchgeführt. Daraufhin ließ das NABU verlauten, sein Agent habe nicht Bestechungsgeld angeboten, sondern eine Spezialoperation zusammen mit dem amerikanischen FBI durchgeführt, die die Staatsanwaltschaft der Ukraine und der Sicherheitsdienst der Ukraine unterbrochen hätten.

Der Zwischenfall sollte einen Angriff auf die Tätigkeit der Antikorruptionsbehörden seitens des Parlaments rechtfertigen. So brachten die Abgeordneten der Regierungskoalition – aus BPP und Volksfront – kurz darauf einen Gesetzentwurf ein, der eine »parlamentarische Kontrolle« über das NABU vorsieht. Seine Verabschiedung würde eine Entlassung der Leiter der Antikorruptionsbehörden ohne Audit ermöglichen.

Die Versuche der Regierungskoalition, die Antikorruptionsbehörden unter ihre Kontrolle zu bringen, lösten heftige Kritik sowohl bei den westlichen Partnern als auch bei der ukrainischen Zivilgesellschaft aus. Wir dokumentieren die Positionen der wichtigsten Akteure.

Die negativen Reaktionen zeigten Wirkung: Der Gesetzentwurf wurde mittlerweile von der Tagesordnung der Werchowna Rada entfernt. Dies bedeutet aber nicht, dass die Regierungskoalition ihr Ziel nicht auf andere Weise noch erreichen kann. So hat das Parlament am 8. Dezember die Entlassung Ehor Sobolews, des Vorsitzenden des Komitees der Werchowna Rada zur Korruptionsbekämpfung, verabschiedet. Die Abstimmung, die dank der Stimmen der oligarchischen Satellitenparteien Wiedergeburt und Volkswille, des Oppositionsblocks und der populistischen Radikalen Partei zustande kam, wird von vielen Beobachtern als weiterer Versuch gesehen, die Unabhängigkeit des NABU einzuschränken. Denn es waren Ehor Sobolew und sein Komitee, die die Ernennung des von der Regierung bevorzugten Kandidaten für das Amt des Auditors im NABU blockierten.

Katerina Bosko, Redakteurin der Ukraine-Analysen

USA

Committing to the Fight Against Corruption in Ukraine (04.12.2017)

Recent events—including the disruption of a high-level corruption investigation, the arrest of officials from the National Anti-Corruption Bureau of Ukraine (NABU), and the seizure of sensitive NABU files—raise concerns about Ukraine’s commitment to fighting corruption. These actions appear to be part of an effort to undermine independent anti-corruption institutions that the United States and others have helped support. They undermine public trust and risk eroding international support for Ukraine.

As Secretary Tillerson has said: “It serves no purpose for Ukraine to fight for its body in Donbas if it loses its soul to corruption. Anti-corruption institutions must be supported, resourced, and defended.”

Reflecting the choice of the people of Ukraine, the United States calls on all branches of Ukraine’s government to work together cooperatively to eliminate corruption from public life. Eliminating corruption is key to achieving stability, security, and prosperity for all Ukrainians.

Quelle: <<https://www.state.gov/t/pa/prs/ps/2017/12/276235.htm>>

EU

Statement of the spokesperson on recent developments in the fight against corruption in Ukraine

Bruxelles, 05/12/2017

The fight against corruption is a key element in the development of EU-Ukraine relations, upon which the success of other reforms rests.

The public disclosure of a corruption investigation by the General Prosecutor Office significantly weakens the capacity of the National Anti-corruption Bureau of Ukraine (NABU) to effectively conduct investigations and undermines public trust in an effective fight against corruption.

As already expressed, Ukrainian authorities have to reinforce their efforts to ensure the independence, operational capacity and full effectiveness of the anti-corruption institutions. The work of these institutions must not be undermined but reinforced.

Quelle: <https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/36792/statement-spokesperson-recent-developments-fight-against-corruption-ukraine_en>

IMF

IMF Statement on the Efforts to Fight Corruption in Ukraine

December 6, 2017

Christine Lagarde, Managing Director of the International Monetary Fund (IMF), made the following statement today in Washington, D.C.:

“We are deeply concerned by recent events in Ukraine that could roll back progress that has been made in setting up independent institutions to tackle high-level corruption, including the National Anticorruption Bureau of Ukraine (NABU) and the Special Anticorruption Prosecutor’s Office (SAPO). Fighting corruption is a key demand of the Ukrainian society, is crucial to achieving stronger and equitable growth, and is part of the government’s commitment under the program with the IMF.

“We urge the Ukrainian authorities and parliament to safeguard the independence of NABU and SAPO. We also urge the authorities to move quickly with legislation to operationalize an independent anticorruption court consistent with the recommendations of the Venice Commission of the Council of Europe, which is essential to credibly adjudicate high-level corruption cases.”

Quelle: <<http://www.imf.org/en/News/Articles/2017/12/07/pr17473-ukraine-imf-statement-on-the-efforts-to-fight-corruption>>

Zivilgesellschaft der Ukraine

Open letter of the Ukrainian civil society to the leadership of the European Union ahead of the upcoming annual meeting of the EU-Ukraine Association Council on December 8, 2017 (05.12.2017)

On behalf of Ukraine’s civil society and reform community, we would like to address you regarding the evaluation of the reform process taking place since the signature of the EU-Ukraine Association Agreement. We acknowledge significant results Ukraine has achieved, particularly in the spheres of investigation of high-profile corruption and ensuring transparency, which to a great extent were due to the efforts, support and investments of the European Union and its Member States.

However, the more threatening anti-corruption reform becomes to the vested interests of the political elites, the more resistance and pressure it tends to meet. That is why in order to ensure further progress in fighting corruption and preventing the rollback of anti-corruption reform, **we call on the European Union to continue closely monitoring implementation the developments in this area and conditioning further assistance on specific reform deliverables.**

The decision of the Ukrainian people to pursue the path of European integration, which triggered the Euromaidan protests back in 2014, and a subsequent process of implementation of the EU-Ukraine Association Agreement became a milestone for Ukraine’s comprehensive transformation into a rule-of-law democracy. Provisions of the Association Agreement have been serving as a powerful toolbox for further reforms aimed at eliminating corruption and enhancing justice, good governance and human rights. It has also substantially strengthened the role of Ukraine’s vibrant civil society, allowing it to become a driving force in the reform process.

In the justice sector, Ukraine’s reform progress has already produced a number of tangible results: an institutional framework for independent investigation and prosecution of top-level corrupt officials has been set up, and one of the most advanced electronic systems in the world requiring public officials and politicians to disclose information about their private assets was introduced. In the field of public procurement, public finance management and access to government and public databases of social significance, high standards of transparency of public institutions have been set. Additionally, one of the most corrupt state agencies—traffic police—is being transformed into the new Patrol Police in the framework of the comprehensive law enforcement reform. With all these measures undertaken, Ukrainian society is step-by-step developing zero-tolerance for corruption.

However, a significant number of anti-corruption achievements are now experiencing a serious rollback. Verification of e-declarations of public officials is being sabotaged, the majority of corruption-related cases are stuck in the Ukrainian non-reformed courts for months, while National Anti-corruption Bureau, Ukraine’s recently established

anti-corruption agency, is facing mounting pressure from other institutions representing the old system with vested political interests. Moreover, over the past year, Ukrainian civil society activists and NGOs have been systematically subject to discrimination and even physical attacks, particularly in the regions.

In order to advance the reforms that have already been implemented and to prevent their rollback, close cooperation between Ukraine's civil society and its international partners is crucial. **Namely, we would like to emphasize the following measures that we are calling our European partners to strongly support:**

- establishment of an independent anti-corruption court to be selected with the involvement of international experts, as recommended by the Venice Commission;
- protection of the National Anticorruption Bureau of Ukraine (NABU) from further attacks (limiting NABU powers in criminal procedure, undermining ability to investigate illicit enrichment and false statements in e-declarations, cutting the list of officials that fall under NABU jurisdiction, criminal case of Prosecutor General's Office against NABU Director, administrative case of the National Agency for Corruption Prevention against NABU Director, numerous attempts to appoint a NABU auditor loyal to the ruling elites etc.);
- rebooting the National Agency for Corruption Prevention by reshuffling its leadership (open and transparent competition with the involvement of international experts) and providing it with automatic verification modules to ensure progress in verification of state officials' electronic declarations;
- cancelling an obligation for civil society activists to submit e-declarations similarly to public officials (respective provisions come into full force on January 1, 2018);
- immediately ceasing all types of harassment (physical pressure, defamation media campaigns and additional regulatory burden) against civil society activists and organizations.

The Association Agreement is a lighthouse for Ukraine's further transformation and implementation of the systemic reforms. Moreover, the conditionalities of the EU assistance programs that Ukraine undertook to comply with have proven to be among the most powerful tools for effective reforms advocacy. Meanwhile, as follows from the recent statement of the European Commission dated December 1st, the Commission will not disburse its last, third, tranche of macro-financial assistance to Ukraine until the four outstanding measures in the anti-corruption and economic field are implemented. This decision is yet another acknowledgement of Ukraine's insufficient progress in advancing its reform agenda and a clear signal that the pace of the reform should significantly accelerate.

That is why, in the run-up to the 4th annual meeting of the EU-Ukraine Association Council of December 8th and the upcoming United Nations Anti-corruption Day of December 9th, we would like to kindly ask you to urge the Government of Ukraine to honour its anti-corruption commitments, including listed above, and emphasize the potential consequences of further backsliding of the reform process in Ukraine.

We are grateful for your consideration of this letter and firmly believe that only in cooperation with our international partners, particularly the European Union and its Member States, we will be able to build a law-governed state and make Ukraine's democratic transition irreversible.

Signatories:

Civil society coalition "Reanimation Package of Reforms" (unites 80 CSOs)

Transparency International Ukraine

Centre for Democracy and Rule of Law (CEDEM)

Anti-corruption Headquarters

Centre for Economic Strategy

Centre UA

Centre for Political and Legal Research

Center for Political Studies and Analysis "Eidos"

DEJURE Foundation

European Pravda

Europe without Barriers

Ilko Kucheriv Democratic Initiative Foundation

Institute for Euro-Atlantic Cooperation

Internews Ukraine

Human rights platform

Ukrainian Center for Independent Political Research

Charity Foundation "Patients of Ukraine"

Center for Local Self-Governance
Advocacy Center “LIFE”
Lab for Democratic Transformations
Cultural Assembly

Quelle: <<http://rpr.org.ua/en/news/open-letter-of-the-ukrainian-civil-society-to-the-leadership-of-the-european-union-ahead-of-the-upcoming-annual-meeting-of-the-eu-ukraine-association-council-on-december-8-2017/>>

TI Ukraine Urges Authorities to Stop Dismounting Anti-Corruption Reform (07.12.2017)

Transparency International Ukraine urges the Verkhovna Rada of Ukraine to reject draft directive to dismiss Head of the Committee on Corruption Prevention and Counteraction Yehor Soboliev and draft Law of Ukraine #7362, which will allow the parliament to impeach the credit of heads of anti-corruption agencies by simple vote of majority.

The chapter of the global network is convinced that passage of such a draft law would mean complete dismantling of the anti-corruption reform which started in 2014, as well as invalidation of any attempts at corruption counteraction in Ukraine.

On Wednesday, December 6, the Committee on Corruption Prevention and Counteraction recognized the work of its head Yehor Soboliev unsatisfactory and initiated the procedure of his dismissal from the position of the head of the committee. TI Ukraine is convinced that this vote is the revenge of certain public officials for his active protection of the National Anti-Corruption Bureau of Ukraine and his attempts to stop the effort to halt the anti-corruption reform. It is thanks to Yehor Soboliev that institutional independence of the NABU and the NAPC has been defended, the Public Expertise Council which provides anti-corruption expertise on legislation has been created under the Committee.

At the same time, TI Ukraine emphasizes that dismissal of the Head of the Committee is only possible after consideration of the respective draft directive at a committee meeting, which has not been done.

As the next step, draft law #7362 was registered in the Verkhovna Rada of Ukraine today—“On Introduction of Changes to Certain Laws of Ukraine Concerning Ensuring Parliamentary Control,” which was sent for consideration to the Committee for Corruption Prevention and Counteraction. The draft law in question introduces changes to several laws which enable the parliament to impeach credit of the Director of the NABU, Head of the SAP, Director of the State Investigation Bureau, a member of the NAPC, which will lead to the aforementioned officials having to resign. Besides, the aforementioned officials can from now on be fired not only if they commit a crime, but a corruption-related administrative offense as well.

The aforementioned legislative brings the newly created anti-corruption agencies under full control of Ukrainian public authorities and mean that they would lose independence in their activity. In its turn, it will lead to complete dismantling of the anti-corruption reform in Ukraine and complete termination of true anti-corruption fight in this country.

Remember that Ukraine’s anti-corruption achievements became the main reason why Ukraine was awarded visa-free regime, and the termination of the anti-corruption reform may very well lead to cancellation of the visa-free regime with the EU.

TI Ukraine has already addressed international partners with a request to call on the Ukrainian authorities to stop destruction of the anti-corruption reform. For instance, the joint statement of the international coalition of CSOs at the Global Forum on Asset Recovery currently taking place in Washington, DC, there is a point urging Prosecutor General’s Office of Ukraine to stop pressuring the National Anti-Corruption Bureau.

TI Ukraine calls on the Ukrainian authorities to stop their counterproductive activity on destruction of independence of Ukrainian anti-corruption agencies. Termination of the fight against corruption will have a negative impact on economic recovery and Ukraine’s integration into the European community.

Quelle: <<https://ti-ukraine.org/en/news/ti-ukraine-urges-authorities-to-stop-dismounting-anti-corruption-reform/>>

Meinung der Venedig-Kommission des Europarates über den umstrittenen Artikel 7 des neuen Bildungsgesetzes der Ukraine

CDL-AD(2017)030-e

Ukraine—Opinion on the provisions of the Law on Education of 5 September 2017, which concern the use of the State Language and Minority and other Languages in Education, adopted by the Commission at its 113th Plenary Session (Venice, 8–9 December 2017) (Auszüge)

IV. Conclusion

116. The Venice Commission has examined the provisions dealing with the language of education—Article 7 and Article 3 paragraph 18 of the Concluding and Transitional Provision—in the new Law on Education adopted by the Ukrainian Parliament on 5 September 2017.

117. Since Ukraine gained its independence, the language issue has always featured prominently in the national debate, being legitimately considered to be an important element, if not the main factor, in state and nation-building. At the same time, in the specific demographic, social and geo-political context prevailing in Ukraine, designing a language policy likely to respond to the various expectations and interests within the Ukrainian society, respectful of the applicable standards and the linguistic rights of both the majority and the country's minorities—with different historical backgrounds, expectations and needs—is a difficult challenge. This is all the more true in the current situation of the country.

118. The Venice Commission wishes to underline, in the first place, as it did on previous occasions, that it is a legitimate and commendable aim for states to promote the strengthening of the state language and its command by all citizens, and to take action for its learning by all, as a way to address existing inequalities and to facilitate more effective integration of persons belonging to national minorities into society.

119. While introducing a comprehensive reform of the Ukrainian education system which globally seems to be positively received, the new Education Law also proposes new principles for the use of languages as medium of education and as subject of instruction. In particular, Article 7 of the new Law, by reducing the scope of education in minority languages, notably at the secondary level, has drawn strong criticism and protests both domestically and internationally.

120. This criticism seems justified due to a number of reasons. The Article, as adopted, is quite different from the draft on which minorities were consulted. Compliance with relevant international and constitutional provisions is essential when introducing comprehensive reforms touching already existing and well established rights of national minorities. Clarity and legal precision are essential when implementing relevant international principles. However, the precise level of protection of the linguistic rights that Article 7 grants to Ukraine's national minorities remains unclear. Article 7 contains important ambiguities and does not appear to provide the guidance needed from a framework law in the application of the country's international and constitutional obligations. It contains some guarantees for education in the minority languages, mainly limited to primary education, though the exact scope of such guarantees is not as clear as it could be. It actually allows to radically change the previous language regime, at least in secondary education, towards a system focused on the mandatory use of the Ukrainian language as the language of education. This could result in a substantial diminution in the opportunities available to persons belonging to national minorities to be taught in their languages, which would amount to a disproportionate interference with the existing rights of persons belonging to national minorities. In addition, the short deadline for the implementation of the new rules raises serious concerns about the quality of education.

121. On the other hand, because Article 7 is a framework legislative provision and because it does not specify the modalities by which it is to be implemented, there is space for an interpretation and application which are more in line with the protection of national minorities. The Venice Commission welcomes that the Ukrainian authorities are ready to use such possibilities. As regards primary education, Article 7 contains some guarantees only for the continuation of education in minority languages, but it is also not an obstacle. The Venice Commission understands that the Ukrainian authorities seem to intend to continue with the teaching of most subject matters in minority languages in specific classes for national minorities.

122. As regards secondary education, Article 7, while clearly aimed at increasing the role of the state language and reducing the role of minority languages, still leaves room for some flexibility. The Education Law is a framework law and the Law on General Secondary Education, still to be adopted, could provide for more detailed and balanced sol-

utions. If the law were implemented in a manner that minority languages could only be taught as a subject and there would no longer be the possibility to teach other subjects in the minority language, this could clearly be a disproportionate interference with the existing rights of minorities. However, Paragraph 4 of Article 7 provides a legal basis for the teaching of other subject matters in official languages of the EU.

123. The intention of the Ukrainian authorities seems, indeed, to use this provision to also enable the teaching of other subjects in these languages. This could be an acceptable solution for these languages, but only if there are sufficient guarantees in the implementing legislation, specified following adequate consultation of minorities, that the scope of this teaching will be sufficient to enable the students to attain a high level of oral and written proficiency, enabling them also to address complex issues. The results of the current bilateral talks with minorities' kin-states could provide useful input to the implementation of Article 7 in this respect.

124. However, paragraph 4 of Article 7 provides no solution for languages which are not official languages of the EU, in particular the Russian language, as the most widely used language apart from the state language. The less favourable treatment of these languages is difficult to justify and therefore raises issues of discrimination.

125. Having regard to the above considerations, the appropriate solution would certainly be to amend Article 7 and replace this provision with a more balanced and more clearly worded one. In particular, the issue of discriminatory treatment of other minority languages—which are not official languages of the EU—would have to be addressed in this context.

126. Many concerns may, however, also be immediately addressed through other legislative acts and when implementing Article 7 as adopted, especially through the Law on General Secondary Education. In this respect, the Venice Commission recommends in particular:

- to fully use, when adopting implementing legislation, the possibilities provided by paragraph 4 of Article 7 to ensure a sufficient level of teaching in official languages of the European Union for the respective minorities;
- to continue ensuring a sufficient proportion of education in minority languages at the primary and secondary levels, in addition to the teaching of the state language;
- to improve the quality of teaching of the state language;
- to amend the relevant transitional provisions of the Education Law to provide more time for a gradual reform;
- to exempt private schools from the new language requirements in accordance with Article 13 of the Framework Convention;
- to enter, within the framework of the implementation of the new Education Law, into a new dialogue with representatives of national minorities and all interested parties on the language of education.
- to ensure that the implementation of the Law does not endanger the preservation of the minorities' cultural heritage and the continuity of minority language education in traditional schools.

Quelle: <[http://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD\(2017\)030-e](http://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD(2017)030-e)>

27. November – 10. Dezember 2017

27.11.2017	In einem Ranking des Weltwirtschaftsforums, für das Geschäftsführer von Unternehmen in 137 Staaten nach dem Einfluss von organisiertem Verbrechen auf die Wirtschaft befragt wurden, landet die Ukraine auf Platz 113 (je höher die Platzierung desto geringer der berichtete Einfluss des organisierten Verbrechens).
27.11.2017	Die Partei Selbsthilfe wirft den Sicherheitsbehörden in einer Stellungnahme vor, Aktivisten und ehemalige Teilnehmer der »Anti-Terror-Operation« im Donbass ohne Rechtsbasis zu entführen und dann aus politischen Gründen zu verhaften. Am vergangenen Sonntag, dem 26. November 2017, waren zwei Aktivisten verhaftet worden.
28.11.2017	Der Hohe Justizrat entlässt den Richter eines Gerichts in der Region Dnipropetrowsk, Mykola Tschaus, wegen Nichterscheins zum Dienst. Tschaus werfen die Generalstaatsanwaltschaft und das Nationale Antikorruptionsbüro seit dem Jahr 2016 die Annahme von Schmiergeld in Höhe von 150.000 US-Dollar vor. Er war infolge der Ermittlungen nach Moldau geflohen und hatte die Behörden dort vergeblich um politisches Asyl ersucht.
29.11.2017	Der russische Transportminister Maksim Sokolov erklärt, dass Russland zum Jahr 2018 alle Passagier- und Güterzüge, die eine Teilstrecke auf ukrainischem Territorium absolvieren, auf eine neu gebaute Trasse umleiten werde, die sich vollständig in Russland befindet.
29.11.2017	Die Ausstrahlung der ukrainischen Unterhaltungsserie »Swaty« (Heiratsvermittler) wird verboten. Der Inlandsgeheimdienst SBU hatte zuvor einen der Darsteller, den russischen Staatsbürger Fjodor Dobronrawow, mit einer Einreisesperre belegt. Laut geltendem Recht dürfen Filme und Serien, an denen auf diese Weise sanktionierte Personen mitwirken, nicht ausgestrahlt werden.
29.11.2017	Nach Angaben des staatlichen Migrationsdienstes wird ein Mitarbeiter des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU) bei der Übergabe von Schmiergeld verhaftet. Er habe versucht, die Chefin der Migrationsbehörde, Dina Pimachowa, zur Annahme des Schmiergeldes zu verleiten. Diese habe sich an die Sicherheitsbehörden gewandt, die die Übergabe überwacht und den Mitarbeiter festgenommen hätten. Am Folgetag wirft das NABU der Generalstaatsanwaltschaft vor, sich in eine Spezialoperation eingemischt zu haben, die zum Ziel gehabt habe, ein Korruptionsnetzwerk innerhalb des Migrationsdienstes aufzudecken. Der Eingriff der Sicherheitsbehörden sei ein Sabotageakt gegen das NABU gewesen. Nach einem Gespräch mit dem Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko erklärt NABU-Chef Artem Sytnik, dass es in diesem Fall keine Verhaftungen geben werde.
30.11.2017	Die Richterin Walentina Danischewskaja wird zur Vorsitzenden des Höchsten Gerichts gewählt.
30.11.2017	In Nikopol in der Region Dnipropetrowsk detonieren zwei Granaten in einem Gerichtssaal während einer Verhandlung. Zwei Personen kommen ums Leben, neun weitere werden verletzt.
01.12.2017	Präsident Petro Poroschenko kündigt für die nahe Zukunft ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO an. Er selbst spricht sich dafür aus.
01.12.2017	Die EU-Kommission bestätigt, dass sie die letzten 600 Millionen Euro des Kredits zur makroökonomischen Stabilisierung in Höhe von insgesamt 1,8 Milliarden Euro nicht auszahlen werde. Die Ukraine habe zahlreiche Reformen umgesetzt, nicht jedoch die vier, die die EU zu Bedingungen für die Auszahlung der letzten Tranche gemacht hatte. Es handelt sich dabei um die Aufhebung des Exportverbotes für Rundholz, die Einsetzung eines automatischen Überprüfungssystems für elektronische Einkommens- und Vermögensdeklarationen, ein Gesetz zur Einführung einer Kreditdatenbank der Nationalbank der Ukraine und eine Überprüfung der Informationen zu wirtschaftlichen Endeigentümern von Privatunternehmen.
02.12.2017	Nach Angaben der Nationalbank der Ukraine hat die Ukraine im laufenden Jahr mehr Schulden beim Internationalen Währungskredit getilgt als sie an neuen Krediten aufgenommen hat. Man habe im Jahr 2017 etwa 13 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt und Kredite in Höhe von 1,27 Milliarden US-Dollar erhalten.

02.12.2017	Der russische Außenminister Sergej Lawrow kündigt eine baldige Wiederaufnahme der Gespräche im so genannten Normandie-Format zwischen der Ukraine, Deutschland, Frankreich und Russland an, bei denen es um die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen geht.
03.12.2017	Im Zentrum von Kiew demonstrieren einige Tausend Menschen gegen Präsident Petro Poroschenko und fordern ein Impeachment-Verfahren. Unter anderem zu dem Protest aufgerufen hatte die Bewegung Neuer Kräfte des ehemaligen georgischen Präsidenten und Ex-Gouverneurs der Region Odessa, Michail Saakaschwili.
03.12.2017	In Kiew blockieren Unbekannte den Eingang zum Gebäude des Fernsehsenders NewsOne. Unter den Personen befindet sich der ehemalige Teilnehmer der »Anti-Terror-Operation« im Donbass, Oleksij Seredjuk. Er fordert vom Besitzer des Kanals, dem Abgeordneten Ewhenij Muraew, der in einem Interview bei NewsOne die Revolution von 2013/14 als Staatsstreich bezeichnet hatte, eine Entschuldigung für diese Aussage.
04.12.2017	Die Teilnehmer der Blockade des Fernsehsenders nennen Bedingungen, unter denen sie das Gebäude wieder freigeben wollen. Neben einer Entschuldigung für eine Aussage über die Revolution von 2013/14, die der Chef des Senders als Staatsstreich bezeichnet hatte, fordern die Aktivisten die Entlassung von ihrer Meinung nach prorussisch eingestellten Moderatoren und die Aufnahme einer »patriotisch proukrainischen« Redaktionspolitik. Innenminister Arsen Awakow nennt den Eigentümer Muraew auf Facebook einen »Schurken«, ruft aber die Protestierenden auf, die Blockade zu beenden. Auch Präsident Petro Poroschenko nennt die Blockade nicht hinnehmbar, verurteilt aber im gleichen Statement auch das »Spiel mit der russischen Propaganda« und bezieht sich direkt auf die Aussage Muraews.
05.12.2017	Der ehemalige georgische Präsident und Ex-Gouverneur der Region Odessa, Michail Saakaschwili, wird in Kiew festgenommen. Die Generalstaatsanwaltschaft wirft ihm vor, seine Protestaktion vom 3. Dezember 2017 aus den Mitteln einer kriminellen Vereinigung um den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch finanziert zu haben. Konkret seien die Mittel von dem Unternehmer Serhyj Kurttschenko gekommen. Unterstützer Saakaschwilis befreien diesen aus dem Polizeiwagen, Saakaschwili bewegt sich, umschlossen von einigen Hundert Unterstützern, zum Parlament, wo er eine Protestkundgebung mit etwa 1.500 Teilnehmern anleitet. Die Generalstaatsanwaltschaft leitet Verfahren gegen mehrere Personen ein, die an der Befreiungsaktion beteiligt waren.
06.12.2012	In den frühen Morgenstunden versucht die Polizei, die von Anhängern des ehemaligen Gouverneurs der Region Odessa, Michail Saakaschwili, errichtete Zeltstadt am Marinskij-Park im Zentrum von Kiew zu stürmen. Saakaschwili selbst hält sich unterdessen im nahegelegenen Hotel Kiew auf. Später hält Saakaschwili eine Pressekonferenz auf dem Verfassungsplatz ab. Dort erklärt er, er werde nicht zu Verhören erscheinen, sei aber bereit, Ermittler in der Zeltstadt der Protestierenden zu empfangen.
07.12.2017	Der russische Außenminister Sergej Lawrow droht, die russischen Offiziere aus dem Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrum – einem Organ, das die Einhaltung der Minsker Vereinbarungen kontrollieren soll – abzuziehen. Die ukrainische Seite stelle Forderungen, die unerfüllbar seien. Lawrow konkretisiert seine Ausführungen nicht.
07.12.2017	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das härtere Strafen für Väter oder andere Familienmitglieder bei der Nichtzahlung von Alimenten vorsieht. So sollen Gerichte in Zukunft Sozialstunden verordnen und Ausreiseverbote aussprechen können.
07.12.2017	Mit Stimmen von Abgeordneten aus den Fraktionen des Blocks Petro Poroschenko, der Parteien Vaterland, Volksfront und der radikalen Partei, der Fraktion Volkswille sowie der Fraktion des Oppositionsblocks enthebt das Parlament den bisherigen Vorsitzenden des Antikorruptionsausschusses Jegor Sobolew von der Partei Selbsthilfe seines Amtes. Die Entscheidung wird damit begründet, dass Sobolews Arbeit »nicht zufriedenstellend« gewesen sei. Sobolew selbst erklärt, die Entscheidung sei Teil einer Kampagne gegen Korruptionsaufklärung, die von der politischen Führung des Landes geführt werde.
07.12.2017	Das Parlament verlängert das Moratorium auf den Verkauf von Land um ein Jahr.

07.12.2017	Am Rande des Treffens der OSZE-Außenminister kommt Außenminister Pawlo Klimkin zum ersten Mal mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zu bilateralen Gesprächen zusammen. Man habe über den Gefangenaustausch gesprochen, erklärt Klimkin nach dem Treffen.
07.12.2017	Das Parlament verabschiedet den Haushalt für das Jahr 2018.
08.12.2017	Der UN-Koordinator für die Ukraine, Neil Walker, erklärt, die Bewohner des Donbass müssten im Jahr 2018 mit 187 Millionen Euro humanitärer Hilfe unterstützt werden.
08.12.2017	Die Venedig-Kommission des Europarates rät der Ukraine, das neue Bildungsgesetz in Bezug auf die russische Sprache zu überarbeiten. Die Ungleichbehandlung verschiedener Sprachen erwecke den Eindruck von Diskriminierung. Das Gesetz sieht vor, dass Angehörige nationaler Minderheiten ab der fünften Klasse in einigen Fächern in der Sprache ihrer Minderheit unterrichtet werden können – sofern diese Sprache eine offizielle Amtssprache in der EU ist. In allen anderen Sprachen, darunter auch Russisch, ist ab der fünften Klasse nur noch Unterricht im Fach Literatur erlaubt.
08.12.2017	Am Abend wird der ehemalige georgische Präsident und Ex-Gouverneur der Region Odessa, Michail Saakaschwili, festgenommen.
09.12.2017	In Minsk beraten Gesandte der Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Ukraine sowie von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Beim Treffen im so genannten Normandie-Format, das unter Ausschluss der Presse stattfindet, soll es nach Angaben des belarussischen Außenministeriums um den Gefangenaustausch zwischen der Ukraine und den »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk gehen.
10.12.2017	In Kiew findet erneut eine Demonstration für eine Amtsenthebung des Präsidenten Petro Poroschenko statt. Der Protest wird von der Bewegung Neuer Kräfte des mittlerweile festgenommenen Ex-Gouverneurs der Region Odessa, Michail Saakaschwili, organisiert. Ein Teil der Protestierenden versammelt sich vor einem Gebäude des Inlandsgeheimdienstes SBU, in dem Saakaschwili festgehalten wird. Nach Polizeiangaben nehmen insgesamt 2.500 Menschen teil, die Organisatoren sprechen von 50.000, Journalisten von 20.000 Teilnehmern.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>